

SIT

SEP 2019

Soziale Arbeit in Tirol



Retouren an obds – 1060 Wien, Mariahilfer Straße 81/1/14



Österreichische Post AG - Info.Mail Entgelt bezahlt



AUSGABE

100

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT
IN DER SOZIALEN ARBEIT

INFORMATIONZEITSCHRIFT FÜR MITGLIEDER DES OBDS - BUNDESLAND TIROL

Ausgabe
100

Gratis aus ganz Tirol
0800/22 55 22



Arbeitsrecht	DW 1414
Bildungsrecht	DW 1515
Sozialrecht	DW 1616
Steuerrecht	DW 1466
Lehrlingsrecht	DW 1566
Konsumentenrecht	DW 1818
Wohn- und Mietrecht	DW 1717
Service für Betriebsräte	DW 1919
Gesundheit und Pflege	DW 1645

AK Tirol in den Bezirken:

Imst, Rathausstraße 1, 6460 Imst
Kitzbühel, Rennfeld 13, 6370 Kitzbühel
Kufstein, Arkadenplatz 2, 6330 Kufstein
und Wörgl, Bahnhofplatz 6, 6300 Wörgl
Landeck, Malsersstraße 11, 6500 Landeck
Lienz, Beda-Weber-Gasse 22, 9900 Lienz
Reutte, Mühler Straße 22, 6600 Reutte
Schwaz, Münchner Straße 20, 6130 Schwaz
Telfs, Moritzenstraße 1, 6410 Telfs



Maximilianstraße 7
A-6020 Innsbruck
ak@tirol.com
www.ak-tirol.com



EDITORIAL

» EHRENATMLICHES ENGAGEMENT IN DER SOZIALEN ARBEIT «



von Theresa Luxner

Liebe Leser*innen!

In den Händen halten wir die 100. Ausgabe der Informationszeitschrift SIT – Soziale Arbeit in Tirol. Seit der ersten Ausgabe im September 1986 haben sich zahlreiche Redaktionen und Autor*innen ehrenamtlich engagiert, um aktuellen Themen und unterschiedlichste Handlungsfelder den obds-Mitgliedern näherzubringen.

So widmet sich der Jubiläumsteil der vorliegenden Ausgabe den Menschen, die sich ehrenamtlich für den obds in Tirol im Laufe der Jahre aktiv eingesetzt haben und lässt sie selbst über ihre Motivation und ihr Erleben dieser Zeit sprechen. Außerdem konnten wir Marco Nicolussi dafür gewinnen, seinen Artikel aus der 1. SIT-Ausgabe aus der heutigen Sicht – 33 Jahre später – zu kommentieren.

Ein weiteres Jubiläum hat der gesamtösterreichische Berufsverband im März dieses Jahres begangen – nämlich sein 100-jähriges Bestehen. Die Geschichte des Vereins parallel zur historischen Entwicklung Österreichs kann in einem Artikel von Maria Moritz nachgelesen werden.

Inhaltlich beschäftigt sich diese Ausgabe eingehender mit ehrenamtlichem Engagement im Bereich der Sozialen Arbeit. Neben dem Leitartikel von Marlene Erkl konnten wir auch Margret Aull, Susanne Schwärzler von der Initiative DA.FÜR und Frauke Schacht von der ARGE Schubhaft – Projekt FLUCHTPunkt für den Themenschwerpunkt gewinnen.

In weiteren Beiträgen werden wieder Einrichtungen und Projekte vorgestellt, über Aktuelles aus dem obds berichtet und in der Kolumne von Michi* die gesamte Ausgabe kommentiert.

Ich bedanke mich im Namen der Redaktion bei allen Autor*innen und Inserierenden der 100. SIT-Ausgabe und hoffe, dass uns auch weiterhin engagierte Menschen mit ihren Beiträgen unterstützen. Den Leser*innen wünsche ich einen schönen Spätsommer mit einer spannenden Lektüre.

Für die Redaktion
Theresa Luxner

IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaber: obds - Bundesland Tirol • Redaktion: Theresa Luxner, Kathrin Gritsch, Jorin Flick, Anna Storf, Armin Weber • Layout&Konzeption: Florian Sitz • Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe: Theresa Luxner, Jorin Massimo Flick, Kathrin Gritsch, Marlene Erkl, Margret Aull, Frauke Schacht, Susanne Schwärzler, Marco Nicolussi, Helmut Deutinger, Franziska Tauscher, Christian Stark, Helga Oberarzbacher, Andrea Trenkwalder-Egger, Dominique-Dsahai Thaler, Josef Brettaufer, Marco Uhl, Maria Moritz, Carolin Zenkert • Fotos: Freeimages.com, DA.FÜR., PSP • Druck: www.onlineprinters.at • Anzeigenverkauf: Anna Storf | tirol@obds.at • Anschrift: obds – 1060 Wien, Mariahilfer Straße 81/I/14 • E-Mail: tirol@obds.at • Auflage: 400 Stück • Hinweis: Für die namentlich gekennzeichneten Beiträge sind die Autor*innen verantwortlich. Diese Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung des obds - Bundesland Tirol.

Inhalt

Ausgabe 100, September 2019

» Jetzt engagiere ich mich! «	7
» Erinnerungssplitter «	11
» FLUCHTpunkt «	14
» DA.FÜR. «	16
» SIT 100: Grafische Rückblicke «	18
» SIT 100: 33 Jahre später «	20
» SIT 100: Geschichten aus den letzten Jahren «	23
» 100 Jahre Berufsverband «	30
» Therapiezentrum Egertboden «	36
» Bündis gegen Armut & Wohnungsnot «	38
» Kolumne: Michi meint... «	39



11 | ERINNERUNGSSPLITTER



30 | 100 JAHRE BERUFSVERBAND



36 | THERAPIEZENTRUM EGERTBODEN

» SIT-Abo für Nicht-Mitglieder «

Interessierte Institutionen bzw. Einzelpersonen können ein SIT-Abo (2 Ausgaben pro Jahr inkl. Porto) zu sozialarbeiterisch relevanten Themen zum Preis von € 15,- abonnieren.

Weitere Informationen unter www.obds.at
Bestellungen an tirol@obds.at

» Preise für Einschaltungen im SIT «

Veranstaltungen: 1/1 Seite: € 70,-; 1/2 Seite: € 40,-

Werbeeinschaltung: 1/1 Seite: € 150,-; 1/2 Seite: € 80,-

Wir bieten Ihnen auch gerne individuelle Paketpreise für eine jährliche Anzeigenschaltung inkl. Ihrer gewünschten Anzahl an Magazinen an.

obds aktuell

ÖSTERREICH.TIROL

von Kathrin Gritsch

Liebe Mitglieder!
Liebe Freunde, Bekannte, Interessierte!

Als neu gewählte Landessprecherin darf ich mich an dieser Stelle – im Namen des Berufsverbandes und speziell des Tiroler Landesteam – herzlich bei meinem Vorgänger Jorin Flick für seine ausgezeichnete Arbeit im Verband und in der hiesigen Sozialpolitik bedanken.

Das Landesteam hat in den vergangenen beiden Jahren beeindruckende Vernetzungsarbeit geleistet, und für den OBDS konnte im Tiroler Raum eine ansehnliche Zahl neuer Mitglieder und Unterstützer*innen gewonnen werden. Jorin setzt indes seine Tätigkeit im Vorstand des obds nahtlos fort und vertritt dort weiterhin die Interessen der OBDS-Mitglieder und der Sozialen Arbeit in Österreich.

Besonders herzlich bedanken möchte ich mich außerdem bei meiner Kollegin, Stellvertreterin und Freundin Theresa Luxner für ihre unermüdliche Unterstützung und ihr riesiges Engagement!

ZWEI RUNDE GEBURTSTAGE

Mit der aktuellen Ausgabe halten wir stolz die 100. SIT in Händen. Das Magazin ist 1986 erstmalig erschienen, und es teilt sich den „Runden“ mit dem OBDS, der in diesem Jahr bereits sein 100-jähriges Bestehen feiert. Ein so prächtiges Jubiläum gibt Anlass zur Besinnung auf die Erfolge und Fortschritte des vergangenen Jahrhunderts, die unsere Vorgänger*innen und Mitstreiter*innen im Berufsverband sich an die Fahnen heften dürfen. Umso motivierter sind wir daher, weiter die Ärmel hochzukrempeln und Kraft aus der wachsenden Basis solidarischer Mitglieder zu schöpfen. Es gibt viel zu tun.

EUROPA-TAGUNG DES IFSW

Im September wird der OBDS in Wien die Europa-Tagung des IFSW austragen. Informationen dazu gibt es auf unse-

rer Homepage, und wir möchten Mitglieder und Studierende herzlich zur Teilnahme einladen.

OBDS BUNDESTAGUNG IN INNSBRUCK

Außerdem findet im kommenden Jahr in Innsbruck die OBDS Bundestagung statt. Die Vorbereitungen sind bereits in vollem Gange. Wir halten euch auf unseren Plattformen auf dem Laufenden und werden in den kommenden Ausgaben der SIT weiter informieren.

OBDS PROJEKTTEAM „SOZIALPÄDAGOGIK“

Das OBDS Projektteam „Sozialpädagogik“ hat sich seit Bestehen mit viel Enthusiasmus und großem Erfolg dem Ausbau der Zusammenarbeit von Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen im Ausbildungs- wie im praktischen Bereich gewidmet. Es gibt regelmäßige Vernetzungstreffen mit den Verantwortlichen und es wird an einer erweiterten Kooperation mit Interessierten der Sozialpädagogik Stams gearbeitet, denn seit 2016 können Sozialpädagog*innen dem Berufsverband beitreten und auf Unterstützung und Rückhalt in ihren berufs- und sozialpolitischen Belangen bauen.

TIROLER PROJEKT RÜCKENWIND

Dem Tiroler Projekt Rückenwind wurde heuer der Kaiser-Maximilian-Preis „für europäische Verdienste auf regionaler und kommunaler Ebene“ verliehen. Der von Land Tirol und Stadt Innsbruck gestiftete Preis kleidet sich anlässlich des Kaiser-Maximilian-Jahres 2019 in neuem Gewand, sodass erstmals ein Sozialprojekt anstelle von Einzelleistungen politischer Persönlichkeiten prämiert wurde.

Das Projekt Rückenwind engagiert sich seit nunmehr fast 15 Jahren für junge Menschen mit weniger Möglichkeiten, für pro-europäisches Bewusstsein und die transnationale Zusammenarbeit europäischer Organisationen. Wir gratulieren herzlich!

KÜRZUNGEN IN DER TIROLER SOZIALLANDSCHAFT

Das Regierungsprogramm der aufgelösten Koalition hat auch die Tiroler Soziallandschaft nicht unberührt gelassen. Betroffene der Kürzungen im neuen Sozialhilfegesetz und von AMS-Geldern sind auch hierzulande vor allem Minderjährige und Erwerbslose, aber auch Organisationen, die sich der unabhängigen Rechtsberatung für geflüchtete Menschen und der Frauenberatung widmen.

Es sind Rückschritte unsäglichen Ausmaßes, die da gemacht wurden, und wir fordern vor allem die zukünftige Regierung in aller Deutlichkeit auf, den Sozialabbau zu stoppen und die Arbeit aller im Sozialbereich Tätigen sowie die Existenzen und die Einhaltung der Menschenrechte ih-

rer Klient*innen mittels adäquater Fördermittel durch das Sozialbudget zu sichern!

Wir sind 100. Aber wir sind noch lange nicht fertig. In diesem Sinne – auf die nächsten hundert Jahre!

Enthusiastische Grüße
Kathrin Gritsch im Namen des gesamten Landesteam

Katrin Gritsch, BA

Landessprecher OBDS Bundesland Tirol
Vorstandsmitglied des OBDS

ZeSa

Zentrum für Soziale Arbeit
und Soziale Dienstleistungen

ZeSa ist eine innovative gemeinnützige Gesellschaft, welche im Jahr 2013 gegründet wurde und es sich zum Ziel machte, maßgeschneiderte Lösungen in der Sozialen Arbeit anzubieten.

Im Bereich der Justiz fehlte es an geeigneten Betreuungseinrichtungen, welche sozialtherapeutische Wohnbetreuung für Menschen aus dem Maßnahmenvollzug ermöglichen. Aufgrund der positiven Resonanz und dem individuellen Angebot hat sich ZeSa in Tirol und Vorarlberg etabliert.

Die Arbeit mit psychisch kranken Menschen, welche eine Straftat verübt haben, erfordert ein umsichtiges Agieren im Spannungsfeld zwischen Förderung und Kontrolle.

Wir verstehen uns als soziale Einrichtung, die mit der Expertise der Sozialen Arbeit Versorgungslücken erkennt, Entwicklungspotentiale aufdeckt und Vernetzungsarbeit leistet.

Neben dem Betreuten Wohnen werden auch Dienstleistungen, wie das Evaluieren von sozialen Institutionen durchgeführt.

Maximilianstraße 2/119, 6020 Innsbruck

Bankverbindung: IBAN AT44570003005338604 | BIC HYPTAT22

Firmensitz Innsbruck: FN 402791s | Landesgericht Innsbruck | ATU68206309

www.zesa.at | info@zesat.at | Tel. +43 680 5521484

© Freeimages.com | Asif Akbar

» JETZT ENGAGIERE ICH MICH! «

Ehrenamtliches Engagement im Spannungsfeld zwischen Altruismus und Egoismus.

von Marlene Erkl

Als Kind wurde ich oft zu meinen Nachbar*innen geschickt, um nach Milch, einem Ei oder einer Zwiebel zu fragen, die uns während des Kochens ausgegangen waren. Meistens bekam ich, was ich brauchte, und im Gegenzug klopfte es ein paar Wochen später an unserer Tür. Nun waren wir gefragt, unseren Nachbar*innen mit ein paar Nägeln, einem dringend gebrauchten Radschloss oder der Muffinform für den Kindergeburtstag auszuhelfen. Ich habe mich oft gefragt, was Menschen in solchen Situationen tun, wenn sie keine Nachbar*innen haben, die ihnen schnell aushelfen können. Jahre später weiß ich, dass diese Form von Nachbarschaftshilfe ganz unterschiedliche Facetten in sich trägt. Es handelt sich dabei um eine Form der gegenseitigen Unterstützung und um ein Netzwerk, das nach wiederholtem Erfolg als stabil wahrgenommen wird. Gleichzeitig lassen diese sozialen Beziehungen ein „Einander-Helfen“ entstehen, das sich durch gegenseitiges Vertrauen wiederum verstärkt.

Sich gegenseitig unterstützen, einander helfen – das kann (beinahe) jede*r, zumindest auf ihre*seine Art. Im Alltag begegnen uns ganz unterschiedliche Formen davon. Wie in den bereits oben genannten Beispielen kommt gegenseitige Unterstützung in informellen sozialen Netz-

werken, durch Verwandte, durch unsere Freund*innen, Nachbar*innen, aber auch in formelleren Formen der Freiwilligenarbeit oder beim ehrenamtlichen Engagement vor. Hilfeleistungen werden meistens unentgeltlich erbracht und unterscheiden sich dabei von professionellen Formen der Unterstützung und Hilfe im beruflichen Kontext. Im folgenden Artikel möchte ich mich damit auseinandersetzen, in welcher Form ehrenamtliches Engagement auftritt, welche gesellschaftlichen Folgen sich zeigen und was man dabei auch kritisch unter die Lupe nehmen muss.

FORMEN DES ENGAGEMENTS

Sprechen wir über freiwilliges Engagement, kommen wir sowohl im alltäglichen als auch im wissenschaftlichen Kontext mit Begriffen wie ehrenamtliches Engagement, bürgerschaftliches/zivilgesellschaftliches Engagement oder freiwillige Arbeit in Berührung. Bei genauer Betrachtung stoßen wir auf unterschiedliche Definitionen der genannten Begriffe.

Eine Möglichkeit, sich dem Begriff „Ehrenamt“ zu nähern, ist, sich die historische Entwicklung im Laufe der

Zeit bis heute anzuschauen. Der Begriff hat seinen Ursprung im 19. Jahrhundert, es handelt sich um eine Erfindung der „preußischen Staatsordnung“, die die Übernahme von bestimmten öffentlichen Funktionen vorschrieb.¹ Diese Verpflichtung betraf alle (männlichen) Bürger. Die Ablehnung von Aufgaben konnte den Verlust der Bürgerrechte zur Folge haben. Die zugeteilte Funktion hatte somit kaum etwas mit Freiwilligkeit zu tun, vielmehr gehörte es zum für die Bürger angemessenen Verhalten. Heute werden die Ämter sowohl von Männern als auch von Frauen durchgeführt. Beispiele für derartige Ämter sind die Funktionen der Wahlhelfer*innen und Schöffinnen und Schöffen, die bis heute erhalten geblieben sind. Beschäftigt man sich mit der aktuellen Definition des Begriffs „Ehrenamt“, spricht man von der wiederkehrenden Übernahme einer Funktion in „Vereinen, Institutionen, Initiativen, Projekten u. dgl.“² Als typisch gilt der Einsatz „im Gemeinderat, im Betriebsrat sowie die aktive Mitgliedschaft bei der Freiwilligen Feuerwehr oder Rettungsorganisation“.³ Im Unterschied zur traditionellen Form steht hier die Freiwilligkeit im Vordergrund und grenzt sich von der Verpflichtung einer Funktion klar ab.

Der Begriff der „freiwilligen Arbeit“ wurde im Rahmen des „Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit“ in-

tensiv diskutiert.⁴ Dies hatte auch eine rechtliche Verankerung der freiwilligen Tätigkeit zur Folge, sie wird im „Bundesgesetz zur Förderung von freiwilligem Engagement 2012“⁵ geregelt. Die österreichische Definition besagt, dass die Tätigkeit „freiwillig und ohne Bezahlung“ durchgeführt wird und „von Personen außerhalb des eigenen Haushaltes erbracht wird“.⁶ Darüber hinaus werden „Maßnahmen zur persönlichen und fachlichen Aus- und Fortbildung für diese Aktivitäten“ durchgeführt.⁷ Freiwillige Arbeit wird in ganz unterschiedlichen Bereichen erbracht. Die Handlungsfelder reichen von Politik, Umwelt, Soziales, Bildung und Kultur bis hin zu Katastrophenschutz, Sport und Religion.

Das „bürgerschaftliche bzw. zivilgesellschaftliche Engagement“ beschreibt die gesellschaftliche bzw. politische Einmischung von Bürger*innen innerhalb eines Gemeinwesens. Die Begriffe werden in der Literatur oftmals als Synonyme verwendet. Der Begriff des zivilgesellschaftlichen Engagements beschreibt jedoch einen besonders „basistahe[n], politisch[e]n“ Einsatz von Bürger*innen, der auch eine kritische Betrachtung des vorherrschenden Staatesystems beinhaltet.⁸ Es handelt sich um eine Selbstorganisation, die sich im Stil des „bottom-up“ entwickelt. Das bürgerschaftliche Engagement beschreibt eher

die Übernahme von Aufgaben innerhalb des bestehenden Gemeinwesens.⁹ Der Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ wird in Österreich und der Schweiz kaum mehr verwendet und gilt eher als veraltet und konservativ.¹⁰

An dieser Stelle möchte ich ein aktuelles Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement aus Innsbruck erwähnen. Es handelt sich um eine Initiative, die sich für die Schließung der Rückkehrzentren am Bürglkopf (Fieberbrunn) und in Schwechat einsetzt. Mehr Informationen findet man auf ihrer Facebook-Seite unter „Initiative Bürglkopf schließen“. Außerdem gibt es eine laufende Petition, die so viele Menschen wie möglich unterzeichnen sollten. (Link am Ende des Artikels)

ÜBERLEGUNGEN ZUM GESELLSCHAFTLICHEN NUTZEN DES SOZIALEN ENGAGEMENTS

Jede*r, der*die sich bereits freiwillig engagiert hat, wird es nicht nur einmal erlebt haben, dass andere Menschen beeindruckt oder befürwortend darauf reagiert haben. Einerseits ist es natürlich sinnvoll, wenn man dadurch Mitstreiter*innen oder Unterstützer*innen für eigene Projekte, Initiativen, Gemeinschaften, Ziele, politische Überzeugungen etc. findet. Die oben genannten Arten des Engagements werden nicht zu Unrecht mit Begriffen wie Partizipation und Solidarität in Verbindung gebracht. Es handelt sich um einen Akt, der das Ziel verfolgt, das soziale Miteinander und die gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Gerade bei zivilgesellschaftlichen Initiativen werden oft Themen behandelt, die entweder einzelne Personen betreffen und die durch gemeinschaftliches Handeln unterstützt werden oder die die gesamte Gesellschaft betreffen und somit eben auch das Leben der Aktivist*innen selbst. Ich denke dabei zum Beispiel an die Verhinderung von Abschiebungen in unsichere Drittstaaten, die Forderung nach leistbarem Wohnraum oder existenzsichernden Sozialleistungen.

Andererseits bleibt auch Freiwillige Arbeit nicht frei von dem Ziel des individuellen Mehrwerts – wie in unserer Gesellschaftsstruktur allgemein üblich. Dabei grenzt sich die freiwillige Arbeit von klassischer Lohnarbeit ab, denn die angestrebte „Bezahlung“ wird nicht „notwendigerweise“ in Form von Geld abgegolten. Dennoch kann ein persönlicher Gewinn generiert werden. Ein passendes Analyseinstrument bietet das „Konzept des Sozialen Kapitals“, welches sich mit „sozialen Einbindungen von Individuen“ beschäftigt.¹¹ Der Soziologe Pierre Bourdieu kritisierte in seinen Arbeiten zur sozialen Ungleichheit den Fokus auf rein wirtschaftliches Kapital. In seiner Analyse differenziert er drei Formen von Kapitalien, die Menschen zur Verfügung stehen. Diese teilt er in ökonomisches Kapital (Geld und Güter), kulturelles Kapital (Leistungsnachweise, kognitive Kompetenzen etc.) und

soziales Kapital (dienliche Beziehungen) ein.¹² Das soziale Kapital wird bei Bourdieu wie folgt beschrieben:

„Das Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potenziellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens verbunden sind; oder anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen. [...] Der Umfang des Sozialkapitals, das der einzelne besitzt, hängt demnach sowohl von der Ausdehnung des Netzes von Beziehungen ab, die er tatsächlich mobilisieren kann, als auch von dem Umfang des (ökonomischen, kulturellen oder symbolischen) Kapitals, das diejenigen besitzen, mit denen er in Beziehung steht.“¹³

Das Zitat macht das Potential von freiwilligem Engagement deutlich. Dieses ist ein sehr fruchtbarer Nährboden zur Erschließung ebensolcher Ressourcen, die sich auf den Alltag der Tätigen auswirken. Sie bilden und verstärken Netzwerke und schaffen gegenseitiges Vertrauen. Kennenlernen von neuen Tätigkeiten, Umfeldern und Lebenssituationen fördern die soziale Kompetenz der Einzelnen und ermöglichen das Erleben von Selbstwirksamkeit. Der*dem Tätigen wird Ehre und auch gesellschaftlicher Status verliehen. Kontakte zu knüpfen, kann großen Einfluss darauf haben, welche beruflichen Wege eingeschlagen werden können. Im Gegenzug benötigt der*die Freiwillige ein gewisses Maß an Zeit, die zur Verfügung stehen muss, um die freiwillige Tätigkeit überhaupt durchführen zu können. Die Aufwertung von Lebensläufen (Stichwort „Generation Praktikum“) durch ehrenamtliches Engagement spielt sowohl bei der Jobsuche als auch bei Aufnahmeprüfungen für Ausbildungen eine große Rolle. Das freiwillige Engagement vereint somit eine gebende und eine nehmende Seite. Das ist ein Privileg, das nicht jede*r ausschöpfen kann. Der dargestellte Vorteil auf der einen Seite erzeugt auf der anderen Seite sozialen Ausschluss jener, die diese Netzwerke nicht erschließen können.

KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG ZU SOZIALER SICHERHEIT UND FREIWILLIGER TÄTIGKEIT

Mit dem Ausbau des „Sozialstaates“ und der raschen Entwicklung des „Sozial- und Gesundheitswesens“ galt die Freiwillige Arbeit als „bedeutungsloses Relikt einer dilettantischen Form der Fürsorge“ was sich jedoch wieder drastisch ändern sollte.¹⁴ Um 1990 kehrt sich dies um, was sich stark auf bereits etablierte soziale Sicherungssysteme und professionelle Arbeit im sozialen Bereich auswirkte. Die Freiwillige Arbeit galt von nun an als „Projektionsfläche für gesellschaftspolitische Entwürfe zur Lösung vielfältiger Probleme“.¹⁵ Spardiktate in Bezug auf sozialstaatliche Unterstützung wurden durch schein-

QUELLEN

¹ Vgl. Klie, Thomas; Stemmer, Philipp (2011): Freiwilliges Engagement zwischen Entgelt und Ehre. URL: <https://www.dzi.de/dzi-institut/verlag/soziale-arbeit/soziale-arbeit-jahrgange/archiv2011/?heftid=72> Abruf: 17.07.2019

² Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz: Freiwillig, ich bin dabei: Begriffe. URL: <http://www.freiwilligenweb.at/de/freiwilliges-engagement/begriff>. Abruf: 11.07.2019

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz: Freiwillig, ich bin dabei: Rechtliche Rahmenbedingungen. URL: <http://www.freiwilligenweb.at/de/freiwilliges-engagement/rechtliche-rahmenbedingungen>. Abruf: 12.07.2019

⁶ vgl. Ebd.

⁷ vgl. Ebd.

⁸ vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Freiwilliges Engagement in Österreich 1. Freiwilligenbericht. URL: http://www.freiwilligenweb.at/sites/default/files/1_freiwilligenbericht_2009.pdf Abruf: 14.07.2019. S. 4-22

⁹ vgl. Ebd.

¹⁰ vgl. Ebd.

¹¹ vgl. Pantucek, Peter (2008): Soziales Kapital und Soziale Arbeit. In: *soziales_kapital wissenschaftliches Journal österreichischer*

fachhochschul-studiengänge Soziale Arbeit Nr. 1 (2008)/Rubrik "Thema". URL: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/soziales-kapital/article/viewFile/6678.pdf> Abruf: 10.07.2019 S. 6, 7.

¹² vgl. Ebd.

¹³ Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital - Kulturelles Kapital - Soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: O. Schwarz & co. (Soziale Welt: Sonderband 2), S. 191-192.

¹⁴ Vgl. Nadai, Eva (2006): Helfen als Beruf - Helfen als Freizeitbeschäftigung: Zum Verhältnis von Sozialer Arbeit und Freiwilligenarbeit. In: Dungs, Susanne; Gerber, Uwe; Schmidt, Heinz; Zitt, Renate: *Soziale Arbeit und Ethik im 21. Jhd: Ein Handbuch*. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2006, S. 590, 591

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ebd., S. 591

¹⁷ Ferguson, Iain (2009): Another Social Work is Possible! Reclaiming the Radical Tradition. In: Vesna Leskosek (Hg.): *Theories and Methods of Social Work: Exploring different perspectives*. Ljubljana: aculty of Social Work 2009, S. 90

¹⁸ Kettner, Verena (2019): Oh, du gespaltenes Österreich. In: Check-ART, Verein für feministische Medien (Hg.): *Anschläge Magazin: Das feministische Magazin V/2019*. Wien: Gußhausstr. 20/1 A, S. 5

¹⁹ Hessel, Stephane (2011): *Engagiert Euch!* Berlin: Ullstein Buchverlag GmbH S. 10-13

²⁰ Ebd.

bare „Selbstermächtigung“ von Bürger*innen legitimiert. Dies führte auch zur Verankerung von einer Kombination aus „Wohlfahrtspluralismus“ und „Aktivierung“.¹⁶ Im Grunde geht es um die Aufteilung von Verantwortung zur Gewinnung von Wohlfahrtsproduktion zwischen Staat und Bürger*innen, dies geschieht auf institutioneller und informeller Ebene sowie bei bezahlten und unbezahlten Akteur*innen.

In der Sozialen Arbeit führte das beispielsweise zum Einsatz von Managementkonzepten, die zur Kostensenkung beitragen sollen. Der Einsatz von Manager*innen im Sozialwesen hatte den zusätzlichen Effekt, dass in öffentlichen Organisationen kontrolliert und nach betriebswirtschaftlichen Vorgaben gehandelt und der sozialarbeiterischen Expertise ein geringerer Wert zugeschrieben wurde.¹⁷ Die staatliche Seite sollte zwar großteils Träger*in von sozialen Diensten bleiben, im Allgemeinen wurde jedoch das Ziel verfolgt, die gebende Seite des Staates und die nehmende der Bürger*innen aufzulösen, da beiden Seiten ein gewisses Maß an Verantwortung zukommen sollte. Das „Du bist deines Glückes Schmied“-Prinzip finden wir auch in den aktuellen politischen Entwicklungen wieder. Die fatale Kürzungspolitik der vergangenen türkis-blauen Regierung ging mit dem

#buergelkopfschliessen

Am Bürgelkopf leben Menschen, die mehrere negative Asylbescheide erhalten haben oder etwa staatenlos sind und nicht legal abgeschoben werden können.

Vor einiger Zeit machten Medien auf die untragbaren und unmenschlichen Zustände aufmerksam. Die Einrichtung liegt abgelegen und ist schwer erreichbar, zudem lässt die medizinische Versorgung zu wünschen übrig. Trotzdem sind dort auch Familien mit Kindern untergebracht.

Die Ungewissheit, was mit ihnen passiert, ist für die Bewohnerinnen und Bewohner unglaublich hart. Ziel ist, die Menschen zu einer freiwilligen Rückkehr zu bringen, unabhängig davon, dass das Leben vieler in ihren Heimatländern in Gefahr ist.

Wir fordern, dass diese Einrichtung sowie ihr Pendant in Ostösterreich - das Flughafen-Rückkehrzentrum Schwechat mit sofortiger Wirkung geschlossen werden und die Personen in Grundversorgungseinrichtungen der jeweiligen Bundesländer untergebracht werden.

Ibiza-Video höchst unerwartet zu Ende. Gleichzeitig ist höchste Vorsicht geboten, dieses Ereignis als Lösung aller Probleme zu glorifizieren. Aktiver Einsatz durch uns alle hat die Aufgabe klarzustellen, dass kein Interesse daran besteht, im Herbst mit einer „Kurz-One-Man-Show“¹⁸ bei der Zerstörung lang erkämpfter Gesellschaftsstrukturen zuzusehen.

ENGAGIERT EUCH

Mit meinem Versuch, freiwilliges Engagement auch kritisch zu hinterfragen, verfolge ich in keinem Fall das Ziel, dieses zu verteufeln. Vielmehr halte ich es für notwendig, sich dafür gemeinsam bestimmte „Spielregeln“ zu überlegen. Um Teilhabe zu fördern und faire Umverteilung von Gütern zu gewährleisten, braucht es ein soziales Sicherungssystem, das ein menschenwürdiges Leben sichert. Zusätzlich muss jede*r die Möglichkeit erhalten, sich im eigenen Umfeld einbringen zu können und dadurch auch gestalterische Mittel zu erhalten. Diese Überlegungen erinnerten mich an den französischen Widerstandskämpfer und Buchenwald-Überlebenden Stephane Hessel. Nachdem er im Jahr 2010 weltweite Aufmerksamkeit erlangte, als er seinen Essay mit dem Titel „Empört euch!“ veröffentlichte, erschien ein Jahr später ein weiteres Buch, in dem sich Hessel im Gespräch mit dem jungen Journalisten Gilles Vanderpooten dafür aussprach, sich für eine bessere Welt und gerechtere Gesellschaft zu engagieren.¹⁹ Der Titel und auffordernde Appell des Buches, „Engagiert Euch!“, ruft dazu auf, sich für eine gerechte Gesellschaft, Menschenrechte und den Schutz unserer Umwelt zu verbünden.²⁰ Es gibt genügend Gründe, aus denen es notwendiger denn je ist, sich für Menschenrechte, die Umwelt und eine soziale Alternative einzusetzen. Engagieren wir uns dafür!

Abschließend möchte ich dem OBDS zu seinem hundertsten Geburtstag herzlich gratulieren. Es ist ein wahrer Grund zum Feiern, dass es viele aktive, engagierte Menschen gibt, die seit Jahren unermüdlich im Einsatz sind und am Aufbau des Berufsverbands arbeiten!

Link zur Unterzeichnung der Petition zur Schließung des Bürgelkopfs: <https://bit.ly/2HFYGzd>

Marlene Erkl, BA

Arbeitet als Sozialarbeiterin mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Wohnungslosenhilfe in Innsbruck

Kontakt: marlene.erkl@gmx.at



© Freemages.com | Martin Walls

» ERINNERUNGSSPLITTER «

Es war einmal und es war ... Aufbruch ...

von Margret Aull

Jubiläumsausgaben laden ein, zurück zu schauen, im Erinnern auch ein (gemeinsames) Narrativ zu entdecken und/ oder zu entwickeln: „Damals...“ begann ich meine Auseinandersetzung vorerst als Studentin am Institut für Erziehungswissenschaften. Eine Zeit, die auch geprägt war von Diskussionen um die Verantwortung von (Sozial-)Wissenschaft, einem entsprechenden Wissenschaftsverständnis (Stichwort – Positivismustreit). Etwas verkürzt und pointiert gesagt, die Auswirkungen der 68er-Bewegung hatten auch Innsbruck/ Tirol und vor allem die universitäre Landschaft in Österreich erreicht. Die Drittelparität unter Einbindung von Student*innen und dem damals sogenannten „Mittelbau“ war errungen worden.

Ansätze der Handlungs-/ Aktionsforschung, Einzel- fallstudien, Tiefeninterviews, in denen Betroffene zu Expert*innen ihrer Lebenssituation werden, waren für viele von uns von maßgeblicher Bedeutung, die Forderung nach einer Theorie-Praxisverschränkung war selbstverständlich und wohl auch Ausdruck eines Selbstverständnisses.

Dies war der wesentliche Schnittpunkt mit der (kritischen) Sozialarbeit – damals vertreten im AKST (Arbeitskreis kritische Sozialarbeit Tirol): Ein Verständnis von Sozialarbeit/ Sozialer Arbeit als notwendige Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen (Herrschafts-)Verhältnissen.

In den allermeisten theoretischen sowie gehandelten Konzepten wird von einer Wechselwirkung subjektiver Lebens- und Verarbeitungsgeschichte und (kollektiv/ gesellschaftlich) krankmachenden und/ oder benachteiligenden Bedingungen ausgegangen.

Dazu ein ganz konkreter Erinnerungssplitter:

Ein Nachmittag in einem Seminar auf der Psychologie im Keller der Peter-Mair-Straße – im Sinne dieses Praxisbezuges waren Sozialarbeiter*innen eingeladen und konfrontierten uns Student*innen mit Aussagen wie, „... wir sind die, die in der Praxis stehen, das verlangt immer wieder eine Positionierung, Theorie alleine ist zu wenig, es gilt, sich einzumischen, sozusagen unmittelbar und

an der Basis – wir, die Sozialarbeiter*innen, sind die Expert*innen...“. Von dieser (kämpferischen) Klarheit war damals sicher nicht nur ich beeindruckt.

Damals wurde eine sehr differenzierte Auseinandersetzung geführt – rund um den nicht auflösbaren Widerspruch:

Jegliche Aktivität, Initiative im psychosozialen Feld im Sinne gesellschaftspolitischen und sozialen Engagements (und damit waren damals auch handelnde Personen aus Bereichen wie z.B. der Sozialpädagogik, Sozialmedizin, Sozialpsychologie... gemeint) unterstützt parteilich Gruppen/ Individuen, die weniger Chancen haben/hatten, am Rand der Gesellschaft angesiedelt sind bzw. an diesen gedrängt werden, ohne diese aus ihrer subjektiven Handlungsverantwortung zu entlassen. Und zugleich wird damit ein wesentliches Moment zur sozialen Befriedung beigetragen, womit letztlich auch jeweils bestehende Strukturen/ Verhältnisse gestützt und erhalten werden.

Es galt und gilt, sich dieses Widerspruchs bewusst zu sein und in diesem aufgespannt zu bleiben – denn eine kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Missständen/ der Kampf dagegen kann und darf nicht am Rücken unmittelbar Benachteiligter und auf deren Kosten geführt werden.

Diese damals geführte Auseinandersetzung hat mir viele Jahre später Orientierung für mein berufspolitisches Engagement als Psychotherapeutin gegeben.

Die Fachzeitschrift „SIT“ spielte in diesem und für diesen Diskurs sowie die immer wieder anstehende Positionierung gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen über all diese Jahrzehnte eine bedeutsame Rolle.

Meinem Erleben nach waren die Aktivitäten und auch theoretischen Schriften dieser „Epoche“ der Sozialarbeit mitprägend für die Entwicklung der psychosozialen Landschaft (zumindest) in Tirol. Diese oben (sehr kurz) skizzierte Haltung führte zu maßgeblichen Veränderungen, die von der sogenannten Basis aus initiiert wurden: So hatte z.B. der „Arbeitskreis Heimerziehung“, beste-

hend aus Sozialarbeiter*innen (teilweise auch jene, die Kinder und Jugendliche einweisen sollten), Psycholog*innen und Erziehungswissenschaftler*innen, einen wesentlichen Anteil an der Schließung der fachlich und ethisch (schon lange) nicht mehr tragbaren (Groß-)Erziehungsheime und damit zur Etablierung sozialpädagogischer Wohngruppen und Wohngemeinschaften.

Oder die damals aktive Bewegung von Menschen mit Handicap, die sich selbst als „Krüppelbewegung“ bezeichnete, hat lautstark Selbstbestimmung und Teilnahme sowie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Behinderung gefordert. In enger Zusammenarbeit zwischen Aktivist*innen aus dem universitären, dem pädagogischen und dem sozialarbeiterischen Bereich wurde dann z.B. der erste „Kindergarten für alle“ gegründet. Heute sind Einrichtungen wie das MOHI und später das SLI (beinahe) selbstverständliche Realität.

Viele soziale Projekte und Initiativen sind damals entstanden – in der Regel basierend auf dem Engagement derer, die die Lebensumstände unterschiedlicher Zielgruppen wahrnahmen und/ oder selber Teil dieser Gruppen waren. Beispielhaft und nicht mit dem Anspruch auf Vollständigkeit seien hier angeführt: Verein für Soziale Arbeit, Dowas und dann Dowas für Frauen, Ho&Ruck, Tiroler Frauenhaus, Z6, Kinderschutzzentrum Tangram, KIZ (Kriseninterventionszentrum für Jugendliche), IWO (Verein für integriertes Wohnen), Bewährungshilfe, ATA, Einrichtung für Haftentlassene, Drogenberatung...

Arbeiten im psychosozialen Feld bedeutet somit, immer wieder die Stimme zu erheben, durchaus im doppelten Sinn: Abgesehen von der Tatsache, dass all jene, die in diesem Bereich arbeiten – gleichgesetzt mit den Zielgruppen, mit denen gearbeitet wird – mit (subtiler) Abwertung rechnen müssen, laufen wir und unsere Fachlichkeit hinsichtlich Wirkmacht und strukturellem Einfluss immer wieder Gefahr, an den Rand gedrängt bzw. marginalisiert zu werden.

Zugleich fällt uns auch die Aufgabe zu, die Interessen unserer Klient*innen mit zu vertreten, da diese kaum ein oder kein Sprachrohr haben.

Oben beschriebene Entstehung verschiedener Initiativen Einrichtungen verdeutlicht auch dieses Moment.

Dass viele der gegründeten Projekte und sozialen Einrichtungen – dank andauerndem Engagement und manchmal auch notwendigen solidarischen Aktionen – nun „Bestand“ der „Versorgungslandschaft in Tirol“ sind, ist erfreulich. Dank dafür gebührt Unzähligen!

Was dieser (subjektive) Rückblick auch deutlich macht: Soziale Arbeit, arbeiten im psychosozialen Feld, verlangt – trotz und neben aller Professionalisierung, die in den letzten Jahrzehnten Raum greifen konnte – Engagement und ein Sich-Einmischen. Heute vielleicht wieder mehr und lauter.

In diesem Sinn wird gelebte Berufs- und Sozialpolitik wohl auch weiterhin Stunden nicht bezahlter Arbeit bedeuten. Konzept- und Projektentwürfe, Subventionsansuchen... verlangen Expertise und Arbeitszeit und sind oft die Voraussetzung, Missstände aufzuzeigen, eine sozialpolitische Forderung zu stellen oder auch eine Einrichtung zu eröffnen, in der dann professionell und auch (entsprechend?) entlohnt gearbeitet werden kann.

Die Stimme zu erheben, braucht auch Foren und entsprechenden Rahmen – eine Zeitschrift bietet diesen Rahmen jedenfalls. SIT basiert ebenfalls auf dieser unbezahlten Fachlichkeit und dem Prinzip von Solidarität.

Somit will ich als eine, die schon lange im psychosozialen Feld mitmischte und beobachtet, an dieser Stelle allen danken, die über Jahrzehnte dazu beigetragen haben, dass es kontinuierlich eine fachlich kritische Stimme gibt.

Margaret Aull

Studium der Erziehungswissenschaft, Psychoanalytikerin, Mitbegründerin der Sozialpädagogischen Mädchenwohngemeinschaft Cranach und 4 Jahre Wohngemeinschaftsarbeit, Mitbegründerin des Kinderschutzzentrums TANGRAM und 10 Jahre Kinderschutzarbeit, Obfrau im Tiroler Frauenhaus, Lehrende am Institut für Sozialpädagogik in Stams, Leiterin des Innsbrucker Arbeitskreises für Psychoanalyse

Sozialpädagogik Stams

Leben mit Menschen als Beruf

LEHRGANG FÜR THEATERPÄDAGOGIK

Inhalt des Lehrgangs: Grundtraining Schauspiel, Theatergeschichte, Playbacktheater, Improvisationstheater, Kinder- und Jugendtheater, Cechov-Methode, Szenische Arbeit/Arbeit mit Text, Didaktik der Gruppenleitung: Theorie und Praxis, Regie I, Theaterprojekt, Theaterdidaktik, Reflexion und Evaluation

Ideal für: SozialpädagogInnen mit abgeschlossener Ausbildung, LehrerInnen für alle Schultypen, AbgängerInnen mit anderen pädagogischen/psychologischen Ausbildungen und Interessierte aus weiteren Berufsgruppen.

Leitung: Eric Ginestet, E-Mail ginestet@schauspiel-institut.at, Tel. 0676/927 729 8

Info & Anmeldung: www.sozialpaedagogik-stams.at

2019
20

Infoabende:

25. Juni & 1. Oktober 2019
jeweils 19 Uhr
Westbahntheater
Innsbruck



ZWEISEMESTRIGE GRUNDAUSBILDUNG im Westbahntheater Innsbruck

Berufs- und ausbildungsbegleitender Lehrgang
162 Unterrichtseinheiten, 11 Wochenenden

ANMERKUNGEN

¹ So entsprechen z.B. die Honorarvorgaben des Landes Tirol für Supervision nicht der Kostenwahrheit von Freiberufler*innen, zugleich bestehen das Interesse und Bedürfnis, gerade auch mit den Fachleuten an der Basis zu arbeiten und deren Arbeit zu unterstützen – also werden diese Bedingungen akzeptiert und damit bestätigt...

² An dieser Stelle ist es mir ein Anliegen, an die Zeitschrift „e.h. Erziehung heute“ zu erinnern, die von einer ähnlichen Grundhaltung getragen war und einen entsprechend kritischen Blick auf vor allem (sozial)pädagogische Aspekte gerichtet hat und ebenfalls von der engagierten fachlichen Vernetzung unterschiedlicher Professionen zeugt.

» VORSTELLUNG: FLUCHTpunkt «

Hilfe - Beratung - Intervention für Flüchtlinge

von Frauke Schacht

„Ihr, die sogenannten illegalen Ausländer, solltet wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein, oder noch schöner. Sie können gerecht sein, oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“

(Elie Wiesels)

WER WIR SIND

Der Verein ARGE Schubhaft gründete sich 1997 aus einer Gruppe von Studierenden der Universität Innsbruck. Vereinsgründung. 1998 wird der erste Fördervertrag für die psychosoziale Begleitung von Schubhäftlingen mit dem Innenministerium unterzeichnet. 1999 konstituiert sich ein unabhängiger Vereinsvorstand. Nach 7 Jahren wird der Fördervertrag aus politischen Gründen nicht mehr verlängert.

Daraufhin konzipiert der Verein ARGE Schubhaft die Beratungsstelle FLUCHTpunkt und baut ein Spendensystem (Solidaritätsaktie) für seine Finanzierung auf. Von Beginn an finden neben der Klient_innenarbeit auch Öffentlichkeitsarbeit statt. Diese setzt sich zusammen aus Bildungsarbeit an Schulen, Kunstprojekten, öffentlichen Aktionen und Textveröffentlichungen zu jeweils aktuellen Themen oder solchen, die noch keine sind. Was die Vereinsgeschichte seit ihrem Bestehen prägt, sind die politische Grundhaltung „Hilfe unter Protest“ zu sein und Zeug_innenschaft über die Gewalt abzulegen, die geflüchteten Menschen auf dem Weg nach und in Österreich widerfährt.

Der Verein wird derzeit von drei hauptamtlich angestellten Personen und einem großen Vorstand getragen. Die Vorstandsarbeit erfolgt dabei auf ehrenamtlicher Basis: rund um die Schwerpunkte Finanzen, Personal, Öffent-

lichkeitsarbeit und Infrastruktur wird so das Weiterbestehen des Vereines gesichert. Seit 2014 gibt es eine Mischfinanzierung aus Solidaritätsaktien und Subventionen des Landes Tirol. Hinzu kommen auch noch kleinere finanzielle Zuwendungen des Beförderungsvereines und der Stadt Innsbruck.

GRUNDSÄTZE UND ÜBERZEUGUNGEN

Die grundlegenden Haltungen des Vereins sind:

- Die Angebote müssen für die betroffenen Personen kostenlos und anonym sein.
- Die Angebote sind niederschwellig. Sie orientieren sich an den Bedürfnissen der betroffenen Personen. Eine Terminvereinbarung ist zu Beginn der Beratungstätigkeit nicht notwendig.
- Bei Bedarf findet Dolmetschunterstützung statt.
- Die Angebote können baulich barrierefrei in Anspruch genommen werden.
- Schutzräume sind in einer gewalttätig strukturierten Gesellschaft von immenser Bedeutung. FLUCHTpunkt ist ein solcher Schutzraum.
- (Psycho)soziale Arbeit gestaltet sich immer auch als politische Arbeit.
- Wertschätzung und Respekt sind Grundpfeiler in zwischenmenschlichen Begegnungen. Sie erhalten eine besondere Dimension im Kontakt mit Men-

schen, die Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen gemacht haben und machen.

- Positionierungen zu einer vielfältigen Gesellschaft bezüglich Lebens- und Existenzweisen, Herkunftsländern, geschlechtlichen und sexuellen Identitäten sind im direkten zwischenmenschlichen Kontakt und in der Öffentlichkeitsarbeit wichtig.
- Die Mitarbeiter_innen von FLUCHTpunkt verstehen sich als „Brückenleger_innen“ für die betroffenen Personen zu anderen Personen/kreisen und/oder Systemen in Innsbruck/Tirol/Österreich.

WER KOMMT ZU UNS

Im Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2018 wurden von FLUCHTpunkt insgesamt 1.493 Beratungen durchgeführt (2017: 1961 Beratungen; 2016: 1.830; 2015: 1.314). Das Beratungsangebot wurde 2018 von 572 Personen in Anspruch genommen, was einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr (2017: 699) zeigt. Dementsprechend ging auch die Anzahl der Beratungen nach einem Anstieg in den Jahren zuvor etwas zurück. Allerdings werden die einzelnen Anfragen, die an uns gestellt werden immer komplexer und sind zusehends mit einem höheren Zeitaufwand verbunden.

ZUGRIFF AUF DIE RECHTSBERATUNG STOPPEN

Die Pläne der österreichischen Regierung die Rechtsberatung für Menschen im Asylverfahren zu verstaatlichen sind ein weiterer Stein in einem Mosaik, dass die Rechte von geflüchteten Menschen zusehends zu einem systematischen Unrecht verkommen lässt. Durch dieses Vorhaben wird die bundesfinanzierte unabhängige Rechtsberatung de facto eingestellt. Wie notwendig diese in Österreich ist, zeigen die Zahlen: Die Entscheidung, ob eine Person Asyl bekommt, wird in erster Instanz vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) getroffen. Die Fehlerquote dieser – dem Innenministerium unterstellten – Behörde ist erschreckend.

Derzeit müssen **42,4 % der negativen Bescheide** des BFA im weiteren Verfahrensverlauf aufgehoben werden. Anders gesagt:

Unabhängige Richter_innen kommen bei fast der Hälfte der asylrechtlichen Entscheidungen des BFA zu dem Schluss, dass diese fehlerhaft oder rechtswidrig sind. Wenn nun die rechtliche Vertretung einer dem Innenministerium unterstellten Behörde übertragen wird, wächst die Gefahr, dass solche rechtswidrigen Entscheidungen nicht mehr revidiert werden, weil die Betroffenen keinen Zugang zu einem wirksamen Rechtsschutz mehr haben und es wird umso wichtiger werden, Angebote der rechtlichen Information und Begleitung, wie FLUCHTpunkt sie realisiert, aufrecht zu erhalten.

Pläne wie diese machen deutlich, dass wir ALLE als Zivilgesellschaft dazu aufgerufen sind, uns gegen diese untragbaren Zustände zur Wehr zu setzen und für die Wahrung der Menschenrechte einzutreten. Oder wie Bertolt Brecht es einmal treffend beschrieben hat:

„Wenn Recht zu Unrecht verkommt, wird Widerstand zur Pflicht.“

Frauke Schacht, BA/MA

Promoviert am Institut für Erziehungswissenschaften in Innsbruck und ist seit 2016 Obfrau des Vereins ARGE Schubhaft-Projekt FLUCHTpunkt

INFORMATIONEN

FLUCHTpunkt

Hilfe - Beratung - Intervention für Flüchtlinge

Web

<http://www.fluchtpunkt.org>

<https://www.facebook.com/FLUCHTpunktInnsbruck>

Öffnungszeiten

Montag, 10:00 - 14:00 Uhr

Dienstag 14:00 - 18:00 Uhr

Donnerstag 10:00 - 14:00 Uhr

oder mit Terminvereinbarung

Kontakt & Lage

FLUCHTpunkt

Jahnstraße 17

A-6020 Innsbruck

Tel.: +43512581488

E-Mail: info@fluchtpunkt.org



» DA.FÜR. «

... weil 's uns allen was bringt

von Susanne Schwärzler

EINE UTOPIE? IM SINNE HABERMAS.

Die Grundidee der Initiative DA.FÜR. ist es, eine Ausdrucksmöglichkeit für jede*n zu schaffen und dafür sowohl eine Plattform als auch Veranstalterin verschiedener Aktionen zu sein. Personen sollen dadurch ihre Wünsche und Bedürfnisse an die Gesellschaft ausdrücken können, um eine positive und konstruktive Stimmung zu erzeugen. Am 19.06.2019 fand unser erster Aktionstag statt, an dem wir an öffentlichen Plätzen mit Passant*innen ins Gespräch gekommen sind. Ein Output stellte die Erkenntnis dar, wie groß der Zuspruch der Personen an ein positiv formuliertes sozialpolitisches Projekt ist. Rückblickend kann gesagt werden, dass die Aussage „wir hätten utopische Vorstellungen“ an diesem Tag als größte Kritik bezeichnet werden kann. Dies bewegte mich dazu, das Konzept der Utopie in Verbindung mit DA.FÜR. zu betrachten. Das Wort stammt aus dem Griechischen und bedeutet „nirgendwo“ oder „ohne Ort“ oder „guter Ort“. Im politischen Kontext wird der Begriff der Utopie als Vorstellung von einem Staat oder einer Gemeinschaft bezeichnet, in der ein besseres menschliches Zusammenleben ermöglicht

wird (vgl. Schneider / Toyka-Seid 2019). Der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas entwarf eine „Theorie des kommunikativen Handelns“, wodurch seine Utopie einer emanzipierten Gesellschaft erreicht werden könne. Im Diskurs werden universalistische Normen durch eine kritische und öffentliche Kommunikation unter Verwendung des Mediums der Sprache festgelegt. Eine Utopie im Sinne Habermas ist ein Ziel, welches erreichbar und von Zeitgenoss*innen zu realisieren ist. Wird die Initiative DA.FÜR. durch die Brille der Habermasschen Theorie betrachtet, kann festgestellt werden, dass die Initiative ihren Ursprung in einer konstruktiven und kritischen Betrachtung der Initiatorinnen der allgemeinen Strukturen der Lebenswelt hatte. Durch die geschaffene Plattform und die Aktionen werden infolgedessen weitere Personen dazu bewegt, sich anhand einer gesunden und vernünftigen Kritik mit der aktuellen Situation zu befassen. Diese Entwicklung von gemeinsamen Vorstellungen eines guten Lebens fand beispielsweise am Aktionstag statt. Mit Passant*innen wurde über die Initiative und darüber, wofür sie persönlich stehen, gesprochen. Durch die Auseinandersetzung im Diskurs entstehen Formen erstrebenswer-

rung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Harari, Yuval Noah (2015): Eine kurze Geschichte der Menschheit.

Schneider, Gerd / Toyka-Seid, Christiane (2019): Das junge Politik-Lexikon. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161711/utopie> [Zugriff: 30.06.2019]

ter Ideale, die realisierbar sind und das Handeln der Menschen steuern sollen (vgl. Habermas 1981).

DIE ENTSTEHUNG DER INITIATIVE

Ausgangspunkt von DA.FÜR. waren Gefühle der Frustration und Ohnmacht hinsichtlich der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation, welche zu Gegenpositionierungen führen. Beispiele dafür sind: Gegen Sozialabbau, gegen die neue Sozialhilfe, gegen Rassismus etc. Durch diesen ständigen Widerstand werden sowohl das persönliche Wohlbefinden und die eigene Einstellung, als auch die Grundstimmung in der Gemeinschaft negativ beeinflusst. Unser Anliegen war es, eine positive und konstruktive sozialpolitische Auseinandersetzung zu führen. Durch diese konsequent andere Sicht- und Denkweise wollen wir durch Projekte und Aktionen, unter Einbezug interessierter Menschen, die Stimmung in der Gesellschaft verändern. Die Idee wurde durch eine Freundin geboren. Sie berichtete im Freundeskreis davon. Es wurde ein Termin für ein erstes Treffen vereinbart. Die anwesenden vier Personen stellten sodann den Kern der Initiative als Organisationsteam dar. Um eine Ausdrucksmöglichkeit für Menschen zu schaffen und das Stadtbild zu verändern, sollten gelbe Regenbogenfahnen entworfen, bestellt und an Freund*innen und Bekannte verteilt werden. Aus dieser Grundidee entwickelten sich rasch neue Ideen.

Innerhalb des Teams von DA.FÜR. gibt es drei Aspekte, die als Motive für die Initiative herausstechen. Vom Sozialministerium wurde 2015 ein Bericht über freiwilliges Engagement in Österreich herausgegeben. Im Rahmen des Berichtes wird auf die Motive der freiwilligen Arbeit eingegangen. 88% der Befragten gaben an, dass ihr Engagement ihnen Spaß macht. Für 85% der freiwillig Arbeitenden hat der Aspekt, etwas Nützliches für das Gemeinwohl beizutragen, einen hohen Stellenwert. 81% der engagierten Personen wollen sich mit anderen Personen treffen und neue Menschen kennenlernen (vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2015: 34). Die Ergebnisse des Berichtes des Sozialministeriums decken sich mit den Motiven der Initiatorinnen von DA.FÜR.: Zum einen finden wir gerne für Treffen zusammen und haben Spaß am Entwickeln und Umsetzen von Ideen. Wir sind sozialpolitisch interessiert und haben das Bedürfnis, uns zu engagieren. Als letzter Punkt kann genannt werden, dass die Initiative DA.FÜR. uns die Möglichkeit bietet, unsere Werte für eine bessere Gesellschaft zu vertreten.

DIE INITIATIVE DA.FÜR.

Wir sind FÜR Vielfalt, FÜR Bildung, FÜR hohe Lebensqualität, FÜR Offenheit, FÜR Menschenrechte, FÜR Nachhaltigkeit & Umweltschutz, FÜR Teilhabe, FÜR leistbaren Wohnraum, FÜR gute Arbeit, FÜR Gleichberechtigung, FÜR ein soziales Miteinander, FÜR Akzeptanz, FÜR Freiheit ... wir sind DA.FÜR.

Im Folgenden werden kurz die Aktionen genannt, die von DA.FÜR. bereits umgesetzt wurden oder in der Verwirklichung stehen:

Regenbogenflaggen: Jede*r kann eine Fahne von uns bekommen, bei sich aus dem Fenster hängen und damit ein Zeichen setzen. So wird das Stadtbild verändert und es entsteht die Möglichkeit, der Welt zu zeigen, für was man* steht.

Aktionstag und Fotoaktion: Am 19.06.2019 fand in der Innsbrucker Innenstadt der erste Aktionstag statt. Mitglieder von DA.FÜR. kamen mit Passant*innen über die Initiative und die Gesellschaft ins Gespräch. Interessierte hatten die Möglichkeit, ein FÜR-Schild (z.B. FÜR Soziale Teilhabe) auszuwählen oder selbst ein Schild zu basteln. Im Anschluss wurden sie fotografiert, um daraufhin in einer Collage auf Facebook und Instagram aufzuscnein.

Öffentlichkeitsarbeit: Um möglichst viele Menschen durch die Initiative zu erreichen, sind wir in Kontakt mit Medien. Bei Freirad, dem freien Radio Innsbruck, kann beispielsweise eine Sendung, in der zwei Mitinitiatorinnen über die Initiative berichten, nachgehört werden.

Themen und Zusammenarbeit: Gerne nehmen wir Themen, die euch am Herzen liegen, auf. Wir begrüßen es, wenn das Symbol DA.FÜR. verbreitet und durch weitere Aktionen bereichert wird. Wir unterstützen euch gerne bei der Umsetzung eurer persönlichen Ideen. Geplant ist zudem eine Vernetzung mit Kulturvereinen und nachhaltigen Unternehmer*innen bzw. Geschäften in Innsbruck.

VORSTELLUNGEN VOM GUTEN ENTWICKELN

Der Israelische Historiker Yuval Noah Harari schreibt in seinem Buch „Eine kurze Geschichte der Menschheit“ (2015), dass die menschliche Geschichte von Narrativen bestimmt wird. Erzählungen und Geschichten mit menschlichen Hoffnungen, Wünschen und Visionen sind die Triebkräfte für gesellschaftliche Veränderungen (vgl. Harari 2015). Wird diese Analyse von Harari mit Habermas Definition von Utopien verknüpft, kann uns dies nur animieren, Gedankenexperimente zu wagen und mit Mitmenschen in den Diskurs zu kommen, um gemeinsame Vorstellungen vom Guten zu entwickeln.

Susanne Schwärzler, MA

Sozialarbeiterin, tätig in der Wohnungslosenhilfe in Innsbruck und Mitinitiatorin von DA.FÜR.
E-Mail: da.fuer@gmx.at

QUELLEN

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2015): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des Freiwilligen Engagements in Österreich. 2. Freiwilligenbericht. https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/III/III_00174/imfname_411192.pdf [Zugriff: 01.07.2019]

Habermas, Jürgen (1981): Theorie kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung.

SIT₁₀₀

Auf den folgenden Seiten wollen wir Ihnen einen kleinen Überblick über 33 Jahre SIT und 100 Jahre OBDS geben. Den Anfang macht diese Doppelseite, auf denen wir Ihnen nochmals alle archivierten Cover der bisherigen 100 Ausgaben präsentieren sowie ein paar Impressionen der allerersten Ausgabe.



Anm.: Die Cover der Ausgaben 62, 61, 57, 43 fehlen und wurden symbolisch mit naheliegen Titelseiten anderer Ausgaben ersetzt.

» 33 JAHRE SPÄTER «

Vor 33 Jahren hat Marco Nicolussi den links stehenden Artikel in der ersten Ausgabe des SIT verfasst. Er blickt für uns zurück und stellt damals und heute gegenüber.

von Marco Nicolussi

In der ersten Ausgabe des SIT in Tirol vom September 1986 stellte ich den SPAK vor, der gerade sein einjähriges Bestehen hinter sich hatte. Ich stand zu diesem Zeitpunkt noch am Anfang meiner beruflichen Laufbahn, die ich aktuell, da ich an diesem Text schreibe, dabei bin zu beenden. Ein geeigneter Zeitpunkt für eine Gegenüberstellung von damals und heute.

1986, das war das Jahr der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, der Schauspieler Ronald Reagan regierte die USA und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow sollte mit seiner Politik des Glasnost und der Perestroika die weltpolitische Landschaft verändern. In kleimaßstäblicherer Betrachtung war es ebenso eine Zeit von Umwälzungen: Der Sozialstaat wurde als zu groß gewordenes Füllhorn in unterschiedlichen politischen Lagern thematisiert und forderte angesichts einer drohenden Wende unseren Widerstand ein. Die Begriffe des zweiten und dritten Arbeitsmarkts hielten Einzug in die sozialpolitischen Fachdebatten und Managementberatungsfirmen entdecken das lukrative Feld sozialer Institutionen.

Ich stelle die im Jahr 1986 noch analoge Lupe nochmals größer ein und sehe eine Vielzahl von Vernetzungsaktivitäten, begeisterte und veränderungsbereite Grüppchen von Sozialarbeiterinnen und -arbeitern, die angeregt diskutieren, sich über politische und behördliche Willküren entrüsten, Petitionen verfassen und, last not least, eine Vielzahl kreativer Ideen realisieren, etwa die sozialökonomischen Projekte, die in den 80ern entstanden sind und allesamt eines gemeinsam haben, nämlich die Lust am Gestalten und konkreten Handanlegen. Ein buntes Kaleidoskop von Einrichtungen, Beratungs-, Betreuungs- und Beschäftigungsmodellen ist auf diese Weise entstanden und hat sich in beachtlicher Anzahl und Ausdifferenzierung bis heute erhalten. Der Sozialpolitische Arbeitskreis als ein Instrument, bei sozialpolitischen Entscheidungen mitzureden, darauf Einfluss zu nehmen und – aus Sicht der Sozialarbeit – negative Tendenzen dabei abzuwenden, war und ist ebenfalls ein Ergebnis dieser Zeit.

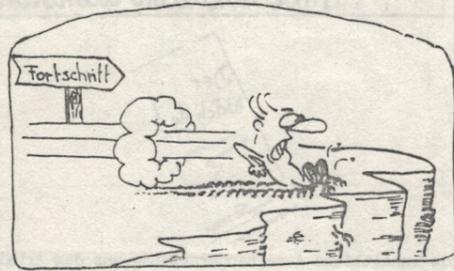
Eine zentrale Vokabel der Sozialarbeit der 80er – im heutigen Sprachjargon hieße es „wording“ – von 1986 lautete „Zuhören“. Sozialarbeiten bedeutete zunächst zuhören. Ich teile diese Vorstellung professioneller Sozialarbeit

heute wie damals. Jürgen Habermas, dieser Tage 90 Jahre alt geworden und der bedeutendste lebende Philosoph im deutschsprachigen Raum, entwarf Anfang der 80er-Jahre eine Theorie des kommunikativen Handelns, deren Zitat von der „Kraft des besseren Arguments“ darauf Bezug nimmt, dass Menschen gemeinsam Lösungen unmittelbar aus der sprachlichen Kommunikation generieren können, indem sie als vernunftbegabte Wesen konsensfähig sind, dazu willens sind und dies in ihrem Diskurs wiederkehrend tun. Kommunikation als konsensuale Verständigung und nicht als dominierende Einflussnahme – das war ein wichtiger Ansatz, der mich wie viele andere in der konkreten Sozialarbeit stark geprägt hat. Der SPAK bot eine solche Möglichkeit zum Austausch und Diskurs unterschiedlicher Institutionen und Personen, die auch verschiedene Wertevorstellungen sichtbar und eine Verständigung darüber erforderlich machten.

Blende in die Gegenwart: In meinem letzten beruflichen Tätigkeitsfeld, der Arbeitsassistenten Tirol, war ich auch lange Jahre im Vorstand des österreichweiten Dachverbands berufliche Integration Austria tätig und nahm an den internationalen Vernetzungstreffen teil. Hier machte ich Bekanntschaft mit dem Lobbyismus, der von den sozialen Netzwerken europaweit in den primär in Brüssel aktiven Dach-Dachverbänden der 28 Mitgliedsländer betrieben wird. Diese Ebene fehlt in der 80er-Sozialarbeitslandschaft völlig. Die neue, globalisierte Vorstellung und Herangehensweise an die Aufgabenstellung Sozialer Arbeit ist ein Ergebnis der letzten 25 Jahre. Eine komplette Handlungs- und Entscheidungsebene hat sich hier zusätzlich etabliert und erhöht die Komplexität unserer Arbeit um eine neue, vorher unbekannte taktisch-strategische Ebene. In anderen Worten: Der Diskurs wurde ausgedehnt, räumlich und sprachlich, soziale Dienstleistungen hatten fortan eine regional-nationale und zugleich immer auch grenzüberschreitend europäische Dimension. Eine bloß kleinräumlich gedachte Theorie und Praxis Sozialer Arbeit ist mit dem Beitritt zur EU de facto nicht mehr möglich.

Blicke ich zurück auf die soziale Landschaft der 80er, so wurden viele bestehende Lücken im System der sozialen Versorgung dadurch geschlossen, dass kleine Gruppen sozial engagierter Leute ihre originären Ideen zu Papier,

spak



Aus der Erfahrung heraus, daß auch hierzulande die "Wende" in der Sozialpolitik in Tirol spürbar wird und solche Tendenzen gravierende Auswirkungen auf Arbeitsweise und Möglichkeiten in den sozialen Einrichtungen haben, hat sich der Sozialpolitische Arbeitskreis gebildet.

Was verstehen wir unter Wende?

Verstärkte Einsparungen im sozialen Bereich von Seiten der Geldgeber (Kommunen, Land und Bundeseinrichtungen), Versuche Öffentliche Aufgaben an die privatwirtschaftsverwaltung zu delegieren – Stichwort "Reprivatisierung", "Nachbarschaftsgedanke", "Hilfe zur Selbsthilfe" – also eine insgesamt Kehrtwende von gesellschaftlichen Problemlösungsansätzen zur Individualisierung und Privatisierung (Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot).

Seit einem Jahr gibt es den SPAK!

Er trifft sich 14-tägig in den Räumen der Zentralstelle für Haftentlassenenhilfe und es gehören ihm derzeit ca. 15 Einrichtungen an.

Die Idee zu diesem Arbeitskreis ist nicht neu. In Salzburg gibt es bereits seit einigen Jahren einen solchen SPAK, der sich mittlerweile Gehör bei politisch Verantwortlichen und der Öffentlichkeit hat verschaffen können.

Wie wirksam ein solcher Arbeitskreis sein kann zeigt die Tatsache, daß es der Salzburger SPAK erreicht hat, daß das Obdachlosenheim dieser Stadt nunmehr in eine Sozialstation umgewandelt werden soll.

Was uns auch noch sehr wichtig scheint ist die Erfahrung, daß über einen solchen Zusammenschluß wie der SPAK die Gefahr des gegenseitigen Ausspielens zwischen Sozialeinrichtungen (Subventionsvergabe, Kompetenzeinschätzung) verringert werden kann und eine Vernetzung mit Informationsaustausch passiert.

Seit es den SPAK in Innsbruck gibt, hat sich auch schon einiges getan:

- Abwendung der Novellierung des Landespolizeigesetzes, welche ein härteres Vorgehen gegen die Obdachlosen in unserer Touristenhauptstadt zum Ziele hatte
- Veränderung des Personals im Sozialamt Innsbruck – auf Pressemeldungen, Beschwerden und zahlreichen Gesprächen von Seiten des SPAK und des DOWAS hin
- Nach einem Gespräch mit Landesrat Dr. Greiderer und Hofrat Dr. Huber (Abt. Va der Landesregierung) die Zusage bei der bevorstehenden Novellierung des TSHG Vorschläge einbringen zu können

- Vorläufiges Abblocken des Einzugs der privaten Managementfirma MEDA ins Land Tirol, nachdem in einem Meinungsaustausch mit Vorarlberger und Salzburger Sozialarbeitern deren Erfahrungen mit dieser Beratungsfirma die Auswirkungen für die sozialen Einrichtungen aufgezeigt haben (Kompetenzbeschneidung, Rationalisierungsabsichten)

- Pressekonferenz im letzten Jahr zum Thema "Einkommensentwicklung und deren Auswirkungen auf das soziale Netz" (nach dem Sozialbericht des Ministers für Soziale Verwaltung und einer Studie der AK Tirol sinken seit 1985 die Einkommen real, die Arbeitslosigkeit stagniert nur deshalb, weil der Anteil der Notstandshilfeempfänger und in weiterer Konsequenz der Sozialhilfeempfänger im Steigen begriffen ist)

Dies sind die wichtigsten Daten zur Arbeit des SPAK von Mai 1985 bis Juni 1986.

Wenngleich diese Erfahrungen eher zur Weiterarbeit ermutigen, scheint sich der Problemkatalog des gesamtpolitischen Kurses noch zu erweitern.

So plant beispielsweise die Stadt Innsbruck das Obdachlosenheim an Private zu überantworten. Eine herrliche Möglichkeit das Problem der Obdachlosen und die bisherige, völlig unzulängliche Bewältigung dieses Problems an einen privaten Träger abzuschleiben. Wer glaubt, daß dies seine Einrichtung, in der er als Sozialarbeiter arbeitet, nicht betrifft, der irrt.

Sozialarbeit ohne kommunalpolitisches Engagement ist eine Selbstbeschneidung der eigenen Kompetenz und Verantwortung.

Eine Vernetzung der Einrichtungen wie im SPAK scheint uns der erste Schritt kommunale Sozialprobleme effizient zu lösen.

Wer Interesse hat am SPAK teilzunehmen ist dazu herzlich eingeladen (zumal sich im Bereich der Sozialspargelplanung wieder einiges zusammenbraut – siehe dazu entsprechenden Artikel in dieser Nummer).

Kontaktadresse: Zentralstelle für Haftentlassenenhilfe, 6020 Innsbruck
Liebeneggstr.7 / Tel.: 39 21 39



Politikerinnen und Politikern bei nächstbesten Gelegenheit zu Gehör brachten und diese dann mittels eines Antrags als förderfähiges Projekt in eine neue Organisation mit unbestimmter Lebensdauer gegossen wurden. Das funktioniert heute so nicht mehr. Zum einen werden die die soziale Landschaft gestaltenden Neuentwürfe verstärkt zentral von öffentlichen Körperschaften vorgegeben, bestehende soziale Dienstleister zu einer Angebotslegung dazu eingeladen und, ab einer ausreichenden Größenordnung, unter Beteiligung kofinanzierender ESF-Mittel öffentlich zum Wettbewerb ausgeschrieben.

Der operative sozialarbeiterische Alltag hat sich selbst ebenfalls stark verändert. Was ich zusammenfassend festhalten möchte: Sozialarbeit in den 80er Jahren war ein eruptives Aufbegehren gegen die Verhältnisse, aus dem heraus eine Vielzahl neuer Institutionen entstanden sind, immer sehr hemdsärmelig und mit einer Portion Naivität und gutem Willen begonnen – SÖBS, Schuldnerberatung, diversifizierte Suchtberatungs- und Betreuungseinrichtungen, betreute niederschwellige Wohnformen, um nur einige zu nennen. Dem gegenüber steht heute eine ausdifferenzierte Landschaft institutionell gut verankerter Organisationen, die in den überregionalen Netzwerken gut eingebunden sind. Projekte starten nun anders, werden von zentral entworfenen Thinktanks kreiert und zur Ausschreibung gebracht, beginnen mit Stapeln vorgefertigter Einreichunterlagen, Call-for-Papers entlang stark formalisierter und standardisierter Projekttypen.

Am deutlichsten nehme ich den Unterschied im direkten Kontakt zwischen Klient_in und Sozialarbeiter_in wahr: Die Automatisierung von Tätigkeitsnachweisen, Leistungsverrechnung und eigentlicher Fall-Dokumentation hat sich gewissermaßen in die unmittelbare Kontaktsituation eingeschoben. Die Digitalisierung steuert in dirigistischer Weise die soziale Alltagsarbeit dadurch auf operativer wie auch auf strategischer Ebene. Der Tag beginnt mit dem Einschalten des PC, es folgt das wöchentliche und tägliche Befüllen von Portaldatenbanken, kund_innenbezogene Kontakte werden mit Datenschutzvereinbarungen und Kontraktpapieren begonnen, bevor das Gespräch überhaupt Fahrt aufnehmen kann.

Gleichzeitig wurde aber auch eine neue Sensibilität geweckt, die sich etwa in genderkonformer sprachlicher Ausdrucksweise und dem Schutz persönlicher Grundrechte äußert. Dies initiierte einen völlig neuen Standard von Professionalität innerhalb der Sozialarbeit. Jene wurde so ihrer Provinzialität beraubt und einem gesamteuropäischen Wertekanon unterworfen. Die Genderdebatte nach dem Jahr 2000 und die Datenschutzgrundverordnung wären in heutiger Form in den 80ern noch undenkbar gewesen. Die UN-Behindertenrechtskonvention, von Österreich 2007 ratifiziert, hat die Rechtsstellung von Menschen mit Behinderungen gravierend verbessert,

ahndet diskriminierende Lebenssituationen und schafft barrierefreie Zugänge zur Teilhabe am kulturellen, beruflichen, politischen und allgemein öffentlichen Leben in ungeahnter Weise. Damit wurde, beispielhaft, der Blick, vormals von den (Tiroler) Bergen verstellt, frei auf das europäische Umland, wurden die Zaunlatten unseres Weltbildes etwas gelockert. Auch das ist eine Errungenschaft der Zugehörigkeit Tirols zur Wertegemeinschaft innerhalb der Europäischen Union.

Ein letzter Blick auf konkrete Inhalte, die uns im SPAK von 1985 an beschäftigten: Wohnen, Lebensunterhalt, Arbeit. Hier haben sich innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Gefüges Verteilung und Verfügbarkeit nicht wirklich verändert, lediglich der Betrachtungswinkel ist ein anderer geworden. Wohnraum ist Mangelware wie 33 Jahre zuvor, die Wohnungspreise verknappen entlang eines verstärkt als Ware gehandelten Gutes die Chancen auf leistbaren und angemessenen Wohnraum für wenigstens das untere Einkommensdrittel im Land. Die verfügbaren Einkommen der klassischen Klientel Sozialer Arbeit hinken hinter den Lebenshaltungskosten wie eh und je hinterher und spiegeln jene Vermögensverhältnisse wider, die in der Euro-Zone belegbar etwa 51 % der Nettovermögen dem obersten Zehntel, hingegen nur 6 % der gesamten unteren Hälfte zuordnen. Zum Thema Arbeit nur so viel: Erst jüngst hat die Expert_innenregierung des Bundes jene Verordnung des entlassenen Innenministers Herbert Kickl zu Fall gebracht, die 1,50 Euro Stundenlohn für die von Asylsuchenden ausgeübte gemeinnützige Tätigkeit als ausreichend betrachtet. Der Lohn befindet sich wieder auf doppelter Höhe – mit viel Luft nach oben. Der Versuch, mittels der Aktion 20.000 insbesondere die Gruppe 50-plus der Langzeitarbeitslosen wieder am ersten Arbeitsmarkt teilhaben zu lassen, wurde nach einem erfolgreichen Anlaufen im Jahr 2017 mit dem Wechsel der Bundesregierung und damit einhergehend der rechtskonservativen Korsettierung der Arbeitsmarktpolitik österreichweit gestoppt.

Das allein sind Gründe genug, dass der SPAK auch in den kommenden Jahren noch als eine wichtige Tiroler Plattform zur Vernetzung Sozialer Arbeit von engagierten Leuten und deren sozialen Trägerorganisationen aktiv bleibt. Ich wünsche dem SPAK, der so vieles schon erreichen konnte, weiterhin jene konstruktive Streitbarkeit, die er seit seinem Bestehen in 34 Jahren an den Tag gelegt hat.

Marco Nicolussi C.

Sozialakademie – DSA Abschluss im Jahr 1979, Studium der Erziehungswissenschaft und Psychologie, abgeschlossen 1984.

» EINLEITENDE WORTE ZU DEN JUBILÄUMS-KOMMENTAREN «

Auf den nächsten Seiten finden Sie zahlreiche Kommentare von Wegbegleitern und ehemaligen Vorstandsmitgliedern des obds Tirol, die das Thema Ehrenamt und Mitgliedschaft im Berufsverband näher betrachten.

von *Jorin Massimo Flick*

Ich freue mich in der 100. Ausgabe der Soziale Arbeit in Tirol (SIT) ein paar Worte zum Berufsverband in Tirol und seinem größtem Aushängeschild zu schreiben.

Der Verein Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen – Landesgruppe Tirol wurde am 21.09.1976 in Innsbruck gegründet und die dazugehörige Zeitschrift SIT konnte im September des Jahres 1986 ihre erste Ausgabe herausbringen. Die Notwendigkeit und Installierung eines eigenen Mediums wurde somit ziemlich genau zehn Jahre nach der Vereinsgründung in Tirol realisiert.

Die Zeitschrift wurde vor einigen Jahren in einem neuen Gewand gegossen, die Themen und Inhalte sind, mit Blick auf die vielen Ausgaben der letzten Jahrzehnte, die gleichen geblieben. Ich möchte auch hier nochmal die Gelegenheit nutzen, allen Menschen, die einen Beitrag geschrieben haben, zu danken. Desweiteren gilt allen Redaktionsmitgliedern meine größte Anerkennung, die diese Zeitschrift am Leben gehalten haben und der Sozialen Arbeit in Tirol eine Sichtbarkeit gegeben haben.

Ich möchte auf diesem Wege nochmal allen Menschen ganz herzlich für ihr Engagement für den Verein, für die Zeitschrift und für unzähligen anderen Aktivitäten und Aktionen danken. Ich möchte hier stellvertretend für die namentlich Aktiven des Vereins die Vorsitzenden (Obfrau bzw. Obmann) des Vereins aufzählen:

- Maria Ortner (1976-1978)
- Gottfried Unterkofler (1978-1982)
- Verena Bechter (1982-1988)
- Georg Sponring (1988-1992)
- Josef Brettauer (1992-1994)
- Inge Daxböck-Waldbauer (1994-1998)
- Franz Bittersam (1998-2004)
- Helga Oberarzbacher (2004-2006)
- Dominique-Dsahai Thaler (2006-2010)
- Marco Uhl (2010-216)
- Jorin Massimo Flick (2016-2017)

Durch die Fusionierung der Landesvereine mit dem Bundesverein endet 2017 die Reihe der Namen, jedoch leben die Aktiven in anderen Funktionsbezeichnungen in dem heutigen Konstrukt weiter. Die Tiroler Landessprecher*innen stehen weiterhin für die Sichtbarkeit und Verantwortung des obds in Tirol ein.

Ich freue mich, dass in dieser ganz besonderen Ausgabe der SIT viele Menschen zu Wort kommen, die in ganz verschiedener Weise die Soziale Arbeit in Tirol geprägt haben. Die Aussage von Josef Brettauer, in seiner Familien-DNA liege der Grund für sein Engagement oder die Beschreibung von Helga Oberarzbacher, die die Arbeit im obds als glückliche Sisyphos-Arbeit beschreibt, kann ich sehr viel abgewinnen. Das lange und große Thema Berufsgesetz wird Helmut Deutinger auch weiterhin aus einer inneren Überzeugung heraus antreiben. Die gesteigerte Wichtigkeit einer Berufsvertretung bei der heutigen politischen Lage (Andrea Romen), sowie die Schilderung von Andrea Trenkwalder-Egger, dass der heutige Altbundeskanzler Sebastian Kurz ihr die Frage stellt, ob man Soziale Arbeit studieren kann, macht ziemlich deutlich, dass wir stolz auf unsere Profession sein dürfen. Und nicht müde werden dürfen, uns zu erklären und ganz entschieden in Debatten einzumischen.

Die berufspolitischen und sozialpolitischen Themen sind seit der Gründung des Vereins und der Zeitschrift nicht weniger geworden. Es bedarf in der heutigen Zeit umso mehr eine starker Stimme der Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen, um die Professionen zu stärken, die Kräfte zu bündeln und die Themen mit fachlicher Expertise, untermauert durch die Menschenrechte, zu setzen und zu beeinflussen.

Jorin Massimo Flick, BA

Vorstandsmitglied des OBDS

» VIELE MITGLIEDER SIND MOTIVATION UND STÜTZE «

von Helmut Deutinger

Am Anfang meiner nun schon fast 40-jährigen Mitgliedschaft beim Berufsverband ging es um die Verbesserung der Ausbildung und die Wissenschaftlichkeit der Sozialarbeit. Bis heute ist leider die Bezahlung für unsere hochqualifizierte Tätigkeit immer noch unbefriedigend und muss besser werden.

Auch für das ganz große Projekt eines Berufsgesetzes muss weiter gearbeitet und gekämpft werden. Manchmal schien es schon greifbar nahe und dann wieder unrealisierbar.

Ich würde mir mehr Mitglieder im Berufsverband wünschen, denn unsere Stärke hängt natürlich auch vom Organisationsgrad ab. Viele Mitglieder sind auch Moti-

vation und Stütze für die immer schon außerordentlich bemühten Personen in den Gremien und Funktionen.

Sozialarbeit braucht eine berufsständische Vertretung und ja, es ist manchmal mühsam und dauert. Ich werde jedenfalls versuchen, meinen Teil für das Berufsgesetz beizutragen und die maßgeblichen Personen zu unterstützen.

Helmut Deutinger

DSA mit schon dreijähriger Ausbildung in Vorarlberg aktuell beschäftigt bei der Lebenshilfe Tirol

kungsrahmen als an der eigenen Arbeitsstelle und es gab selbstgewählte Themen neben den an uns herangetragenen und den vereinsrechtlichen Pflichten.

Den Kontakt zum MCI und den Studierenden, die Einbindung der Landesgruppe in den Bundesverband und die regelmäßige Herausgabe des SIT waren Bereiche, die von den engagierten KollegInnen weitaus mehr getragen wurden als von mir.

Unbefriedigend war der geringe Austausch mit den Mitgliedern des Landesverbandes und die Bemerkungen mancher BerufskollegInnen, keinen Mehrwert darin zu sehen, Mitglied im Verband zu werden und informiert zu sein über neue Entwicklungen und Berufspolitik. Für mich war es schon als Studentin nach dem Besuch einer Bundestagung in Feldkirch wünschenswert, dabei zu

sein; es gehörte damals zur angestrebten Professionalität einfach dazu.

Als Pensionistin bin ich nun u.a. ehrenamtlich im Sozial- und Gesundheitssprengel der Gemeinde tätig. Die Art und Weise, wie frau sich selbst in ihrer (Um-)Welt verortet, ist vielleicht für die Aufnahme einer freiwilligen Tätigkeit entscheidend.

Franziska Tauscher

geb. 1956, 35-jährige Berufstätigkeit, die Hälfte davon im psychiatrischen Feld, SeniorInnen, Klinikambulanz, Unterricht Fachschule Sozialberufe, Krankenhaus.

» DABEI SEIN IST NICHT ALLES: RÜCKBLICK AUF 25 JAHRE IM BERUFSVERBAND «

von Christian Stark

„Was an dir Berg war, haben sie geschleift. Und dein Tal schüttete man zu. Über dich führt ein bequemer Weg.“

(Bert Brecht)

» WARUM SICH NEBEN JOB UND FAMILIENARBEIT NOCH ENGAGIEREN? «

von Franziska Tauscher

Als ich mit Mitte vierzig, nach 19 Jahren im Beruf und zwei beinahe erwachsenen Kindern, wieder einmal überlegte, bleibe ich weiter in der Sozialarbeit oder versuche ich, mir beruflich was anderes aufzubauen, hatte ich bereits genug erlebte Erfahrung in der Positionierung unseres Berufes im sozialen Feld. In den ersten Berufsjahren hatte ich einen klar abgegrenzten Aufgabenbereich, dies ging dann in den 90er-Jahren in einem größer werden den Verein in der psychiatrischen Nachsorge allmählich verloren. Es konnte dann jeder anscheinend alles, beispielsweise verhandelte der Psychologe für seinen Klienten am Sozialamt, als SozialarbeiterInnen leiteten manche soziotherapeutische Patientengruppen an. Wir ausgebildeten SozialarbeiterInnen waren im Personalpool der therapeutisch Tätigen irgendwie eingemeindet, das Spezifische wurde nicht mehr so direkt angefragt und gelebt, in der Vereinsleitung war es kein Thema.

Aus Gesprächen damals hörte ich auch von anderen meines Berufes diese Einschätzung. Als eine Art von Gegenstrategie und mit der Entscheidung, „richtig drinnen“ zu bleiben, suchte ich den Anschluss an den Berufsverband. Ich erwartete mir dadurch eine Festigung meiner Sozialarbeiteridentität. 2001 meldete ich mich zur Mitarbeit in der Vorstandsgruppe, zuerst kooptiert, dann gewählt als Beirätin und Kassierin. Es war die Zeit der Vorbereitung auf die BUTA 2002 in Innsbruck. Die gelungene Tagung mit „Open Space“ war ein Highlight und interessant. Auch den sogenannten Alltag als Vorstandsmitglied bis 2007 erlebte ich meist als bereichernd. Wirklich mühsam war es aber in Bezug auf die Weiterbringung eines Berufsgesetzes, kollegial war der Umgang untereinander trotz der Verschiedenheit unserer Persönlichkeiten und Auffassungen. Die dafür aufgewendete Freizeit war nicht wenig, doch handelte es sich um einen größeren Wir-

1994, im zweiten Jahr meiner Ausbildung zum Sozialarbeiter an der SOZAK Innsbruck, entschloss ich mich, Mitglied des Tiroler Berufsverbandes zu werden. Gleichzeitig war ich bereits als Streetworker im Verein für Obdachlose tätig. Es stellte sich für mich damals nicht die heute so oft gestellte Frage: „Was bringt mir das?“ Es war für mich einfach selbstverständlich, dabei zu sein, nachdem ich von der Existenz des Berufsverbandes erfahren hatte.

1998 erlebte ich meine erste Bundestagung in Rust/ Burgenland, wo ich mich als Teil einer österreichweiten Sozialarbeiter/innen-Community erleben durfte. Das Fest in Rust ist mir immer noch stark in Erinnerung, wo Ostbahn Kurti & die Chefpartei uns einen tollen musikalischen Abend bescherten. Ich wurde bald darauf Mitglied des Landesvorstands und war dann auch mitbeteiligt an der Organisation der Bundestagung 2002 in Tirol. In der

Folge wurde ich auch Mitglied des Bundesvorstandes des OBDS und blieb dort bis 2017. Ich erlebte und teilte die berufs- und sozialpolitischen Bemühungen des OBDS und musste trotz zahlreicher Bemühungen aller Funktionäre vor allem immer wieder das Scheitern der Etablierung eines Berufsgesetzes erleben.

Sozialpolitisch wurde ich mehr geprägt durch meine Arbeit in der Wohnungslosenhilfe und die Inspiration und das Engagement des Vereins DOWAS in Tirol. Unvergesslich werden mir die vom DOWAS initiierten Beschwerdetage vor dem Sozialamt bleiben, die Proteste gegen die Vertreibungspolitik des damaligen Bürgermeisters Herwig van Staa und (des anscheinend immer noch umtriebigen) GR Federspiel, die Ermordung des Obdachlosen W. Tschernutter und im Zuge dessen die Errichtung des Mahnmahls gegen Faschismus. Unter der

Federführung und als Teil des SPAK durfte ich die gelebte Umsetzung des Absatzes 4.2. des Code of Ethics des IFWS erleben: „SozialarbeiterInnen haben die Pflicht, ihre Auftraggeber, Entscheidungsträger, Politiker und die Öffentlichkeit auf Situationen aufmerksam zu machen, in denen Ressourcen unangemessen sind oder in denen die Verteilung von Ressourcen, Maßnahmen und Praktiken unterdrückerisch, ungerecht oder schädlich ist.“

Als Teil des Bundesvorstandes erfuhr ich die große Bedeutung der Internationalisierung für den OBDS – eine Bedeutung, die mir manchmal zu viel Raum einzunehmen schien, besonders, als ein Projekt mit Rumänien den OBDS fast in eine Liquiditätskrise gestürzt hätte. Im Sinne des urtirolerischen „Manda und Weiba, 's isch Zeit“ erfolgte von neuen jungen Kolleg/innen aus Tirol und mir Widerstand, der für manchen OBDS-Dinosaurier an Majestätsbeleidigung grenzte, aber für die Bewältigung der finanziellen Krise und die weitere Entwicklung des OBDS mehr als notwendig war.

Während meiner 25 Jahre im Berufsverband bekam ich immer wieder zu hören, dass wir aufgrund der geringen Mitgliederzahlen zu wenig Durchschlagskraft haben und deswegen vieles nicht erreicht werden kann.

So möchte ich schließen mit einem Zitat vom Dalai Lama: „Falls du glaubst, dass du zu klein bist, um etwas zu bewirken, dann versuche mal, zu schlafen, wenn eine

Mücke im Raum ist.“ (In Georgien gibt es seit 2004 einen Berufsverband und seit 2018 ein Berufsgesetz für Sozialarbeiter/innen).

So wünsche ich insbesondere der Landesgruppe Tirol viel Fantasie und Kreativität in der Erhaltung und Ausweitung der vorhandenen Handlungsspielräume ihrer Arbeit und im Sinne des Eingangszitates von B. Brecht, dass über sie „kein bequemer Weg führt“. Und: Ich freue mich auf die nächste Bundestagung 2020 in Tirol.

FH-Prof. DSA MMag. Dr. Christian Stark

Geboren 1961 in Innsbruck/Österreich. Ausbildung zum Sozialarbeiter an der Akademie für Sozialarbeit (Innsbruck), Studium der Theologie, Pädagogik und Politikwissenschaft an den Universitäten Innsbruck und Salzburg, 2002 Promotion zum Dr. phil.

Beruflich tätig als Sozialarbeiter in der Wohnungslosenhilfe und in verschiedenen Leitungspositionen sozialer Organisationen. Seit 2005 Professor für Geschichte, Theorie und Ethik der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Oberösterreich. Seit 2010 Leiter des Masterstudiengangs Soziale Arbeit und Vize-Dekan für Forschung und Internationalisierung an der FH OÖ.

wurde darüber diskutiert, jedoch ohne verbindliche Beschlussfassung. In den Jahren 2005, 2008 und 2009 ist es gelungen, die Landeshauptleute-Konferenz damit zu beschäftigen mit dem Effekt, dass eine Länder-Expertenkonferenz die Abklärung der Notwendigkeit einer einheitlichen Bundesregelung prüft.

Auf die Frage, wie ich die Zeit als Vorsitzende erlebt habe, kann ich heute rückblickend antworten: „Als glücklicher Sisyphos sah ich mich dazu verdonnern, ein- und denselben Felsen immer und immer wieder den Berg hinauf zu wälzen und nicht in eine Schockstarre zu verfallen.“

Sisyphos als Allegorie zeigt uns, die Revolte gegen die Sinnlosigkeit zu einer Akzeptanz zu bringen und Entscheidungen über Situationen, die wir beeinflussen können, engagiert zu Ende zu führen! Wir müssen einfach nur losgehen.

In diesem Sinne wünsche ich meinen Kolleginnen und Kollegen für diesen weiteren Weg der Gesetzwerdung viel Erfolg!

Helga Oberarzbacher

Studium an der Sozialakademie (1977) und an der Uni-Innsbruck, Institut für Politikwissenschaften.

Langjährige Erfahrung in der sozialarbeiterischen Praxis und auf (sozial)politischer Ebene.

Engagement im Sozialbereich als Mitinitiatorin von verschiedensten Einrichtungen (DOWAS für Frauen, Mentivilla...) und Arbeitskreisen.

» SOZIALARBEIT, KANN MAN DAS STUDIEREN? «

von Andrea Trenkwald-Egger

» DIESES GESETZ TRITT MIT IN KRAFT «

von Helga Oberarzbacher

Wir müssen uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen, forderte Albert Camus (1913 - 1960) 1942: „Der Kampf gegen Gipfel vermag ein Menschenherz auszufüllen.“

Mein Arbeitsschwerpunkt und erklärtes Ziel als Vorsitzende des Berufsverbandes in den Jahren 2004 bis 2006 galten dem Berufsgesetz für unsere Berufsgruppe. Dies insbesondere, da die historische Genese der Notwendigkeit einer berufsständischen Vertretung bis in das Jahr 1976 zurückreicht. Seit diesem Zeitpunkt gibt es die Diskussion im Berufsverband darüber. 1996 gab es im OBDS einen Beschluss, ein Bundesgesetz anzustre-

ben, in der Zwischenzeit sind etliche Entwürfe entstanden, zuletzt 2017!

Leider hat das Engagement der jeweiligen Akteure zum Berufsgesetz seit mittlerweile 43 Jahren nur eine Art. 15 a BV-G-Vereinbarung zustande gebracht.

Die berufspolitischen Versuche, seit 2004 ausgehend vom Vorstand des Tiroler Berufsverbandes, waren engagiert. Es ist 2005 gelungen, eine parlamentarische Initiative zu starten, indem die Notwendigkeit, das Berufsgesetz als Bundesgesetz zu installieren, auf die Tagesordnung der Landes-Sozialreferenten-Konferenz gesetzt wurde. Dort

Als ich 1984 beschloss, Sozialarbeiterin zu werden, wurde ich öfter mit der Frage konfrontiert, ob dazu eine Ausbildung notwendig sei. Um Sozialarbeit als Profession zu fördern, trat ich deshalb schon bald dem OBDS bei. Einige Jahre später war ich im Vorstand der Landesgruppe Tirol sowie im Bundesvorstand in Wien aktiv. Internationale Erfahrungen konnte ich im Rahmen meiner Tätigkeit als IFSW-Friends Koordinatorin sammeln.

BUNDESTAGUNG 2002 IN TIROL

Auf diese Zeit im Berufsverband blicke ich mit gemischten Gefühlen zurück. Sehr positiv in Erinnerung geblieben ist mir die Bundestagung von 2002, die in Innsbruck zum Thema **QUALITÄTSverLUST IN DER SOZIALARBEIT** stattfand. Gemeinsam mit Eva Domoradzki, Christof Gstrein und Georg Sponring bearbeiteten wir die Ergebnisse der Arbeitsgruppen der Tagung und veröffentlichten 2003 das Innsbrucker Positionspapier zu den wesentlichen Qualitätskriterien für die Sozialarbeit. Das Papier findet sich zurecht noch immer auf der Webseite des OBDS unter der Rubrik Lesenswertes.

KOOPERATION MIT MCI

In diese Zeit fielen auch die Umwandlung der Ausbildung auf Hochschulniveau und der Wechsel der Trägerschaft von der Caritas der Diözese Innsbruck zum Management Center Innsbruck. Dieser Wechsel verlief recht konfliktreich. Zwei unterschiedliche Kulturen prallten etwas unvorbereitet aufeinander.

Die sozialarbeiterische Perspektive zeichnet sich im Wahrnehmen von gesellschaftlichen Problemfeldern aus. Die zu benennen, um sie dann zu lösen, ist Ziel professioneller Intervention. Diese kritische Perspektive wird von anderen häufig als eine etwas pessimistische Haltung aufgenommen. Für die Integration ins MCI, das für exzellentes Marketing und Branding steht, war das Wahrnehmen und Thematisieren struktureller Problemlagen etwas hinderlich.

Studiengangsleiter Prof.(FH) Dr. Michael Klassen, DSA erwies sich bald als Brückenbauer zwischen Berufsverband und MCI. Sozialisiert in der UDSSR, verstand er es hervor-

ragend, mit komplexen, zentralen Diensten kreativ umzugehen. Er absolvierte in den USA ein Masterstudium und dissertierte bei Silvia Staub-Bernasconi. Dadurch brachte er das nötige fachliche Know-how und professionspolitische Selbstbewusstsein mit, um den neuen Studiengang aufzubauen. Kooperationen mit der Praxis und dem Berufsverband waren für ihn eine Selbstverständlichkeit.

LEIDIGES THEMA BERUFGESETZ

Unter der Obfrauschaft von Mag.a DSA Helga Oberarzbacher intensivierten wir unsere Bestrebungen nach einem Berufsgesetz für Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen. Leider ist uns das nicht gelungen. Unzählige Male mussten wir Politik und Beamtenschaft informieren, dass Sozialarbeit eine Profession sei, deren Ausbildung in vielen anderen Ländern der Welt auf Hochschulebene stattfindet. Sehr häufig wurde Sozialarbeit mit dem Beruf des Sozialbetreuers bzw. -betreuerin verwechselt.

Wie viel es noch an Aufklärungsarbeit bedarf, musste ich im August 2018 am Flughafen Frankfurt erfahren. Ich befand mich auf dem Weg zu einem Lehrauftrag an der Universität Zuhai, China. Im Shuttlebus traf ich auf den heutigen Altbundeskanzler Sebastian Kurz. Ich nutze die Gelegenheit, um ihn bezüglich des Verbots der Lehrausbildung für asylsuchende Jugendliche in Mangelberufen umzustimmen.

» WERTSCHÄTZUNG FÜR DIE ARBEIT «

von Dominique-Dsahai Thaler

Zu meiner Arbeit im Vorstand gibt's nicht so viel zu erzählen. Als ich die Position als Obfrau übernahm, war dies, um die damals so engagiert arbeitende Vorstandsgemeinschaft zu unterstützen. Wer damals bei der Vorstandssitzung dabei war, kann sich erinnern, dass es im Vorfeld keine Person gab, die zu der Aufgabe bereit war.

Als Wertschätzung gegenüber der Arbeit, die dieses gut arbeitende Team leistete, übernahm ich nominell die Stelle und habe mich, so es meine Ressourcen erlaubten, auch an den Sitzungen beteiligt. Es hat mir gut gefallen, Einblick in die landes- und bundesweite Organisation des OBDS zu bekommen und das Anliegen „Berufsgesetz“ weiterzutragen. Nach einigen Jahren war dann zum Glück Marco bereit, meine Nachfolge anzutreten und der Position des Obmannes wieder Leben einzuhauchen.

„Was machen Sie denn beruflich?“, lenkte er ab. „Ich bin Professorin für Soziale Arbeit“, antwortete ich nicht ohne Stolz. „Kann man das studieren?“, war seine Reaktion darauf. In diesem Moment stellte ich mir die Frage nach der Sinnhaftigkeit von 30 Jahren berufspolitischem Engagement – meine Antwort heute: jetzt erst recht!

Domoradzki, Eva; Gstrein, Christof; Sponring, Georg; Trenkwalder-Egger, Andrea (2003): QUALITÄTSVERLUST IN DER SOZIALARBEIT, Wesentliche Qualitätskriterien für die Sozialarbeit: Innsbrucker Diskussionspapier. In: Sozialarbeit in Österreich – intern, H. 1a, S. 2-3.

Online unter: https://www.obds.at/wp/wp-content/uploads/2018/04/innsbrucker_positionspapier_zur_qualitaet_in_der_sozialarbe.pdf; letzter Aufruf am [7.7.2019]

Prof. (FH) Dr.in Mag.a Andrea Trenkwalder-Egger, DSA

Sozialarbeiterin; Supervisorin; Arbeitet als Professorin am Department Soziale Arbeit am Management Center Innsbruck GmbH, Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Ethik, Theorie und Gabenökonomie. Mehr unter www.bilwis.com

Danke an alle, die die Arbeit des OBDS als Mitglied unseres Vereins unterstützen, und ein herzliches Danke an alle, die aktiv im Verein tätig waren und sind!!

Dominique-Dsahai Thaler

Bin am 1. August 1974 in Addis Abeba geboren als Kind von Entwicklungshelfer*innen. Schulausbildung in Österreich mit dem Diplom an der Akademie für Sozialarbeit in Innsbruck abgeschlossen. Während dieser Zeit schon als Studierendenvertreterin für unser Berufsgesetz engagiert.

» VOM EHRENAMTLICHEN ENGAGEMENT UND DEN "MÜHEN DER EBENE" «

von Josef Brettauer

Vor meiner Ausbildung zum DSA (Akademie für Sozialarbeit 1985) hatte ich bereits früher eine Ausbildung im Finanzbereich (Bankensektor-Raiffeisen-Akademie) gemacht und somit einen direkten Vergleich zwischen zwei sehr verschiedenen Arbeitsbereichen erlebt.

Bereits in den Praktika erlebte ich, wie wenig Relevanz und Wertschätzung eine professionelle Sozialarbeit in der damaligen Zeit genossen hatte, eine Beobachtung, die ich im Finanzbereich nicht einmal annähernd machen musste.

So trat ich dem Berufsverband schon während der Ausbildung bei und wurde später dann gefragt, ob ich mich nicht im Vorstand engagieren wolle.

Das tat ich dann gerne ab 1988 als Vorsitzender-Stellvertreter, Vorsitzender, Rechnungsprüfer und später dann einige Jahre als Delegierter des Verbandes im damaligen Jugendwohlfahrtsbeirat des Landes Tirol.

Diese Jahre waren spannend, zeitaufwändig (in der Freizeit) und mein Ziel war, mich für mehr Relevanz und Wertschätzung einer professionellen Sozialarbeit einzusetzen bzw. für jenen Stellenwert, den sie in der Gesellschaft brauchen würde, um ihre Ziele realisieren zu können.

Das waren die „Mühen der Ebene“ und das „Bohren dicker Bretter“ und ich denke, dass – langfristig gesehen – schon einige positive Ergebnisse erzielt werden konnten. Zum Beispiel erlebte ich am Beginn meiner Tätigkeit in

der Jugendwohlfahrt/ Kinder- und Jugendhilfe von Seiten der Schulen eher Skepsis und Abneigung und heute lese ich, dass immer mehr Schulen nach SchulsozialarbeiterInnen rufen.

Engagement im Verband braucht meiner Meinung nach eine hohe Frustrationstoleranz, einen langen Atem. Man lernt aber sehr viel Neues – auch für sich selber. Alles in allem sehe ich diese Zeit auch jetzt noch als Bereicherung.

Ich muss aber dazusagen, dass Engagement für eine bestimmte Agenda offenbar in meiner Familien-DNA liegt, da ich schon als Jugendlicher mitbekommen hatte, wie sehr sich mein Vater als aktiver Widerstandskämpfer gegen die NS-Diktatur mit traumatisierenden Folgen (Gestapohaft, Krieg und Gefangenschaft) eingesetzt und sich danach sofort als Betriebsrat und ÖGB-Funktionär wieder engagiert hatte.

Josef Brettauer (Jg. 1950)

Diplom 1985, vorher u.a. 12 Jahre in einer Bank gearbeitet. Lebt in Schwaz. Tätigkeiten als DSA : GF im Beschäftigungsprojekt WAMS und bis zur Pensionierung 22 Jahre; im Amt für Jugendwohlfahrt/ Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Innsbruck. In dieser Zeit 6 Jahre als Personalvertreter mit einer unabhängigen Namensliste für die Dienststellen – Sozialamt/ Jugendamt – aktiv gewesen.

» ICH SEHE NOCH VIEL ZU TUN! «

von Marco Uhl

Berufs- und sozialpolitisches Engagement bedeutet für mich, Verantwortung zu übernehmen. Je mehr Mitglieder die gemeinsame Sache unterstützen, desto mehr Einfluss können wir ausüben. Durch fachlich fundierte Beteiligung wollen wir Verbesserungen für die Adressat_innen der Sozialen Arbeit, für die in der Sozialen Arbeit Tätigen und für die Gesellschaft erreichen. Unsere Auf-

gabe ist es, dauerhaft sichtbar zu sein und angemessen auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Nach neun Jahren berufs- und sozialpolitischer Arbeit, sehe ich noch viel zu tun und freue mich über die weiteren Herausforderungen.

Marco Uhl, Stv. Vorsitzender obds



» 100 JAHRE BERUFSVERBAND DER SOZIALEN ARBEIT «

von Maria Moritz

Am 31.3. 2019 jährte sich die Gründung des Berufsverbandes der Sozialen Arbeit zum 100. Mal. Das Gründungsjahr 1919 war ein sehr spezielles, das Jahr eins nach dem Zusammenbruch der Monarchie Österreich-Ungarn, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, das erste Jahr einer Republik Deutsch-Österreich, ein Jahr, in dem die ersten Parlamentswahlen für alle, nämlich auch für die Frauen, in Österreich stattfanden.

Es war überdies ein Jahr mit enormen sozialen Problemen und die „neue Zeit“ brachte viele Neuerungen im Sozialbereich, nämlich eine Vielzahl von Gesetzen wie die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe, das Gesetz über die Kinderarbeit, das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche sowie schließlich das Betriebsrätegesetz, das Arbeiterurlaubsgesetz, das Achtstundentagsgesetz, das Kollektivvertragsgesetz sowie das Arbeiterkammern- und das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Diese Gesetze waren dem Gewerkschafter und Kurzzeit-Sozialminister Ferdinand Hanusch zu verdanken.

Allein diese Neuerungen konnten die schwierige Lage der Bevölkerung noch nicht verbessern. Die Kriegsfolgen waren enorm, Hunger und Krankheit, Invalidität, Armut und Chancenlosigkeit prägten das gesellschaftliche Bild. 15 % der damaligen Bevölkerung des jungen Staates „Deutschösterreich“ waren an Tuberkulose erkrankt,

etwa ebenso viele an Geschlechtskrankheiten, und das Penicillin wurde erst 15 Jahre später erfunden. Dazu kam eine enorme Wohnungsnot, die die Verbreitung der Krankheiten zusätzlich förderte. Die Situation in den Städten war besonders prekär, allerdings gab es unter der ländlichen Bevölkerung ebenfalls große Armut, schwere körperliche Arbeit, die Feudalgesellschaft blieb dort noch lange erhalten und die Abwanderung in die großen Städte konnte keine Verbesserung der Lebensbedingungen garantieren.

EIN NEUER BERUF

In der Großstadt Wien hat sich die Situation der Arbeiterschaft, die Wohnungsnot und Zunahme der Armut, schon ab 1913, also vor dem Weltkrieg, gezeigt, vor allem wurden Forderungen nach einem effektiven Kinderschutz aktuell, da es aufgrund der sozialen Lage der Eltern sehr viele Waisenkinder gab. Die Wiener Stadtverwaltung reagierte und implementierte das erste Kinderschutzsystem, zuerst nur im Arbeiterbezirk Ottakring, danach bis 1916 flächendeckend über die ganze Stadt. „Es kam zur Institutionalisierung von Hilfen, wie etwa den Jugendämtern – in Wien ab 1913. Zahlreiche neue Gesetze wurden erlassen: 1916 erfolgte ein Gesetz über Generalvormundschaft, 1918 das Verbot von Kinderarbeit durch das Kinderarbeitsgesetz, 1919 das Ziehkinderergesetz, das vor allem Waisenkinder und uneheliche

Kinder schützen sollte und 1928 wurde schließlich ein Jugendgerichtsgesetz beschlossen.“¹

Magistratsbeamte versuchten, die Eltern der Kinder zu eruieren, und die Kinder wurden von Geburt an für zwei Jahre regelmäßigen Gesundheitsuntersuchungen unterzogen. Dazu gab es auch finanzielle Hilfen, zumeist für die Mütter. In diese Tätigkeiten stiegen die ersten, von Ilse Arlt in ihren Fachkursen für Volkspflege ausgebildeten Fürsorgerinnen ein. Ein neuer Beruf war geschaffen, zuerst nur ein Beruf für Frauen. Die Entwicklung des Berufs der Fürsorgerin, später auch der Sozialarbeit, erfolgte in Österreich vor allem im Bereich der Jugendwohlfahrt und war mit deren Entwicklung eng verbunden, mit allen Auf und Abs.

Nach 1919 bis 1923 schlitterte Österreich in eine Wirtschaftskrise, die alten Märkte waren nicht mehr erreichbar, neue wirtschaftliche Bereiche waren aufgrund der strengen Auflagen der Siegermächte kaum zu entwickeln. Es mangelte an allem, vor allem aber an Geld. Die ehrgeizigen Sozialprogramme konnten nicht weitergeführt werden. „Die Stipendienaktion, die im Interesse der österreichischen Fürsorgerinnen läuft, wird von dem amerikanischen Commonwealth Fund finanziert, der von 1924-1929 sehr intensiv mit uns in Österreich gearbeitet hat. 1923 war infolge der Inflation die Jugendfürsorge am Zusammenbruch, da griff der Commonwealth Fund ein. Er entsendete einen Arzt und eine Fürsorgerin und errichtete in Wien eine Zentrale, die für das ganze Land im Vereine mit dem staatlichen Gesundheitsamt und den Landesjugendämtern an der Erhaltung und dem Aufbau der Fürsorge tätig war.“²

Die Absolventinnen der Arlt-Schule stiegen mit ihrer neuen Tätigkeit in dieses System der Jugend- und Familienfürsorge in Wien ein. Die Absolventinnen wurden in den verschiedensten Bereichen eingesetzt. Daraus entstand sehr bald der dringende Wunsch, sich zu vernetzen. Am 31.3.1919 gründeten die Volkspflegerinnen und Fürsorgerinnen in Wien den „Reichsverband der Fürsorgerinnen Österreichs“. Im selben Jahr organisierten sich die Fürsorgerinnen in Graz und bildeten gemeinsam den ersten Dachverband. Erste Vorsitzende des Reichsverbandes dürfte Kamilla Heidenreich gewesen sein, Hauptfürsorgerin in Wien am Bezirksjugendamt, Vorsitzende von 1919 bis 1931 und neuerlich von 1935 bis 1938. Vielleicht interessant für die Kolleg*innen im Westen Österreichs, Kamilla Heidenreich war eine Cousine des letzten Bundeskanzlers der Zweiten Republik, Dr. Kurt Schuschnigg. Hauptfürsorgerin Maria Roth war Vorsitzende des Verbandes von 1931 bis 1935, sie hatte ihre Wirkungsstätte im Sozialministerium am Stubenring 1, in der Zentralstelle für Kinderschutz in Wien. Der Sitz des Reichsverbandes war im 9. Bezirk in Wien, Lazarettgasse 14, in einem Gebäude, das zum Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien gehörte.

DIE SITUATION DER FÜRSORGERINNEN

Der Beruf der Fürsorgerin war also eng mit dem medizinischen Bereich verbunden und die Gesundheitsversorgung, damals sprach man von Volksgesundheit, stand im Mittelpunkt der Fürsorge für Kinder und Familien.

Die Zahl der Bewerberinnen für die Ausbildung überstieg nach 1923 bei weitem die Anstellungsplätze, und so mussten ausgebildete Fürsorgerinnen oft jahrelang auf einen Posten warten. Es wurde daher üblich, ausgebildete Fürsorgerinnen für 100 Schilling (das entspricht einem heutigen Geldwert von etwa 280 Euro) als Praktikantinnen einzustellen. Diese wurden nach drei Monaten ausgetauscht, um den Charakter einer Praktikantenstellung beizubehalten.

„In Wahrheit ist es die Erwerbung einer billigen Arbeitskraft, in der Hoffnung eher eine Stelle zu erhalten.“ (Marie Köstler 1930)³

Ebenso weist Marie Köstler darauf hin, dass das Annehmen einer Anstellung im Ausland mit Schwierigkeiten verbunden sei, da die Ausbildungen nicht gegenseitig anerkannt werden. Die Anstellungsbedingungen und die Dienstverträge sind je nach Bundesland unterschiedlich. Länder, Bezirke, Gemeinden, Zweckverbände und private Vereine treten als Arbeitgeber auf. Es gibt erhebliche Unterschiede auch innerhalb Wiens:

- die TBC- Fürsorgerinnen müssen 48 Stunden pro Woche arbeiten und erhalten ein Anfangsgehalt von 199 Schilling (Einstufung Gruppe V), 14 Tage Urlaub. Das entspricht einem heutigen Geldwert von 557 Euro. Heute, 2019, erhalten Sozialarbeiterinnen in Rumänien oder Bulgarien eine solche Bezahlung.
- die Jugendamtsfürsorgerinnen arbeiten nur 41 Stunden pro Woche, erhalten 219 Schilling Anfangsgehalt (Einstufung in Gruppe IIa), (das entspricht etwa 613 Euro in heutigem Geld), da sie Matura als Bildungsvoraussetzung nachweisen müssen, 18 Tage Urlaub.

1930 gab es in Wien: 14 Jugendämter, 212 Hauptfürsorgerinnen, 76 (Hilfs-)Fürsorgerinnen.

Marie Köstler⁴ meint dazu in der Berufsbeschreibung der Arbeiterkammer 1930: „Um gründlich die Verhältnisse zu ändern, müsste ein engerer gewerkschaftlicher Zusammenschluss erfolgen. Ausser in Steiermark, wo die Fürsorgerinnen eine Sektion des Bundes der öffentlichen Angestellten bilden, sind die Fürsorgerinnen nur im Reichsverband der Fürsorgerinnen zusammengeschlossen. Dieser Reichsverband genießt die Unterstützung der öffentlichen Faktoren. Der Bund subventioniert seine Tagungen und eine sehr grosse Anzahl von Fürsorgerinnen der Stadt Wien soll sehr stolz darauf sein, ausser der freigewerkschaftlichen Orga-

nisation der Gemeindeangestellten auch diesem unpolitischen Verbandsangehörigen.“⁵

Schon 1918 gab es die ersten Rufe nach einer Verlängerung der Ausbildung.

AUSBILDUNG UND ENTWICKLUNG DES BERUFS FÜRSORGERIN

In Ilse Arlts ursprünglicher Konzeption spielte der Erwerb medizinischer Kenntnisse bei der Ausbildung künftiger Fürsorgerinnen eine wichtige Rolle. Ab 1924/25 kam es zu einer Modifikation der Lehrpläne. Die Einflüsse der Medizin traten zugunsten eines stärkeren Praxisbezugs zurück.“⁶

Marie Köstler, die steirische Gewerkschafterin, Mitbegründerin der Arbeiterkammer und später Nationalratsabgeordnete, machte aber auch kritische Anmerkungen: „Die Besucherinnen der Fürsorgesschulen in den ersten Jahren ihres Bestandes rekrutierten sich beinahe ausschließlich aus Angehörigen der ehemals die Privatwohltätigkeit ausübenden Schichten der Bevölkerung und es war nicht immer leicht, die Schulen auch Frauen und Mädchen aus dem Proletariat zugänglich zu machen. Ein Hindernis war die verlangte Vorbildung (Matura, Anm. d. Verf.).“

Der Reichsverband dürfte ab 1928 eine eigene Zeitschrift herausgegeben haben. „**Die Fürsorgerin**“ wurde von Kamilla Heidenreich als Redakteurin geleitet und versuchte, auch zahlreiche Artikel aus den Verbandszeitungen der Nachbarstaaten, Deutschland, Tschechien, Schweiz zu veröffentlichen. Aus Berichten wissen wir, dass zu Vorträgen für die Fürsorgerinnen in Wien vor allem Mediziner und Kinderärzte eingeladen wurden. Zudem gab es die Zusammenarbeit zwischen Psycholog*innen der Universität Wien, dem Ehepaar Bühler und anderen in der Kinderübernahmestelle in der Lustkandlgasse in 1090 Wien Tätigen. Zusatzwissen wurde vor allem aus dem medizinischen Bereich geholt, eigene Forschung rund um den Fürsorgeberuf gab es nicht.

AUFGABEN DES REICHSVERBANDES

Daraus lassen sich folgende zentrale Aufgaben des ersten Berufsverbandes ableiten:

- Vernetzung und Kontakte zu anderen Berufsgruppen und Verbänden, auch im Ausland
- Organisation von weiteren Schulungen und Kursen, Suche nach Förderungen für die Kurse, 1925 Mitwirkung bei der Änderung des Curriculums der Ilse-Arlt-Fachkurse
- Verbesserung der Berufsbedingungen, Ringen um eine Sozialversicherung, höhere Entlohnung, Be-

kämpfung des Heiratsverbots in den Bundesländern (in Wien bereits 1919 aufgehoben) und eventuelle gewerkschaftliche Anbindung.

Die meisten dieser Ziele konnten bis 1938 nicht erreicht werden!

INTERNATIONALE VERNETZUNG

Im Juli 1928 organisierte ein internationales Vorbereitungscommittee die „Social Welfare Fortnight“ vom 2.-13. Juli 1928 in Paris, die Conference of Social Work fand vom 8.-13. Juli 1928 statt. Zur Konferenz kamen mehr als 5000 Teilnehmerinnen, Teilnehmerin aus Österreich war Ilse Arlt. Sie hatte drei Beiträge für die Konferenzen vorbereitet: „Fürsorgeausbildung in Österreich“ und „Vereinheitlichung der Fürsorgeausbildung in Österreich“ sowie „Soziale Arbeit und Industrie“.⁷

Im Anschluss an die Konferenz in Paris haben die Mitglieder des Organisationskomitees Absichtserklärungen abgegeben, die Zusammenarbeit zu institutionalisieren. Alice Salomon und Adele Beerensson aus Berlin waren darin federführend und fragten bei den europäischen Verbänden an, ob sie Interesse hätten, ein ständiges Gremium zu bilden. Dies wurde von Österreich freudig bejaht. 1932 sollte die 2. Internationale Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt stattfinden. Der Reichsverband bekundete in Briefen das große Interesse, musste dann aber seine Teilnahme in Frankfurt aus Geldnöten absagen.

Das Treffen in Frankfurt und die Organisation der 2. Konferenz für Soziale Arbeit (man bemerke, seit 1928 wurde international die Bezeichnung Soziale Arbeit gewählt und nicht mehr Fürsorge!) waren sehr erfolgreich und auch nachhaltig, denn im Anschluss an die Konferenz wurde die erste internationale Dachorganisation der sozialen Arbeit gegründet, das „Internationale Ständige Sekretariat der Sozialarbeiter“, in Englisch „International Permanent Secretariat of Social Workers“. Für die erste Periode übernahm das deutsche Sekretariat der Sozialbeamtinnen in Berlin mit Adele Beerensson und Dr. Ruth Weiland diese Funktion. 1956 gründete sich auf dieser Grundlage der IFSW – International Federation of Social Workers, der obds ist 1966 dem IFSW als Mitglied beigetreten.

JULIUS TANDLER* UND DER FATALE WEG IN DEN FASCHISMUS

“Was wir auf Jugendhorte verwenden, ersparen wir an Gefängnissen. Was wir in der Schwangeren- und der Säuglingsfürsorge ausgeben, ersparen wir uns an Irrenanstalten.”

Tandler zog eine klare Grenze zur karitativen, ehrenamtlichen Wohlfahrt, die nur individuell und sporadisch Hilfe leistete. Im Vordergrund stand eine flächendeckende Vorsorge im Gesundheits- und Sozialwesen, was er in Wien auch vorrangig umsetzte. Die Maßnahmen sollten bereits vor der Geburt einsetzen, weshalb Schwangerenberatungsstellen geschaffen wurden. Um Doppelgleisigkeit zu verhindern, wurde die Vereinheitlichung der Fürsorge in eine umfassende Familienfürsorge propagiert. Tandler betonte, dass „die Aufzucht“ eines Kindes innerhalb der Familie fast ausnahmslos günstiger ist als außerhalb derselben. Auch sollten Ärzte und Fürsorgerinnen eng zusammenarbeiten, um soziale und gesundheitliche Schäden in ihrer gefährlichen Wechselwirkung auszuschalten. Julius Tandler wollte zugleich mit der Bekämpfung der Krankheiten wie TBC, Lues, Rachitis die Volksgesundheit verbessern. Dabei entwickelte Julius Tandler, wie auch viele andere wissenschaftliche Köpfe seiner Zeit, die Theorien zu Typologien und Volkshygiene, die dann später zur Rassenhygiene führte. Darin zeigte sich eben auch die dunkle Seite von Julius Tandler. Selbst fortschrittliche politische Kräfte konnten sich der Attraktivität eugenischer Maßnahmen nicht entziehen, wie 1929 der Vortrag und die Broschüre „Gefahren der Minderwertigkeit“ des Stadtrats für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien, Prof. Dr. Julius Tandler, beim Österreichischen Bund für Volksaufklärung und Erbkunde zeigte.

Tandler rechnete die enormen Kosten der Irrenpflege vor und sah in der „Unfruchtbarmachung der Minderwertigen, selbstverständlich unter allen Kautelen der Wissenschaft und der Menschlichkeit und unter voller Bürgerschaft des Rechts ... eine unabweisliche Forderung“. Julius Tandler starb 1936, also Jahre bevor die Rassengesetze an ihm angewandt werden konnten, auch er hatte jüdische Vorfahren.

Die aufgezeigte gesellschaftliche Entwicklung führte dazu, dass auch im Fürsorgewesen Begriffe wie asozial, verwaht, sittlich gefährdet vorrangig zur Einschätzung der sozialen Situation von Familien und Kindern gebraucht wurden. Dieser Entwicklung konnten sich die Fürsorgerinnen nur schwer entziehen und der Gebrauch solcher negativen Etikettierung bereitete den Boden für den späteren Faschismus, der Gebrauch des Begriffs „Volksschädling“ war dann nur ein kleiner weiterer Schritt.

DIE JAHRE 1934-1938

Am 1. April 1934 trat in Österreich eine neue ständisch-autoritäre Verfassung in Kraft. Ziel im Ständestaat war es, die Wohlfahrt wieder verstärkt der privaten – und da vor allem der katholischen – Vereinstätigkeit zu überlassen. Dies sollte mithelfen, die Verwaltungskosten zu

senken und Fürsorgemittel zweckmäßig im Sinne des Ständestaates einzusetzen. Die Eheberatung, die kurzfristig geschlossen war, wurde unter neuer Leitung und in Zusammenarbeit mit dem „Mutterschutzwerk der vaterländischen Front“ mit einem neuen Schwerpunkt wieder eröffnet. Aufgaben waren jetzt

- die erbbiologische und gesundheitliche Ehetauglichkeitsprüfung sowie
- die Eheanbahnung für die „eherebereite Jugend“ auf religiöser Grundlage.

Die Aufgabe der Jugendfürsorge war die „sittlich-religiöse Erziehung“. Hilfebedürftige, die Unterstützung erhielten, bekamen ein „Fürsorgebuch“, um Missbrauch auszuschließen.

Das **Ende des Reichsverbandes** der Fürsorgerinnen Österreichs fällt mit der Machtübernahme Hitlers im März 1938 und mit der Angliederung Österreichs an Hitlerdeutschland zusammen. Der Reichsverband wurde aufgelöst, einzelne Mitglieder im öffentlichen Dienst in den Deutschen Beamtenbund übernommen. Zahlreiche Fürsorgerinnen mussten den Dienst quittieren oder wurden entlassen, weil sie politisch oder rassisch belastet waren. Die Ziele der Volksfürsorge bekamen eine neue, fatale Ausrichtung. Unterstützung bekamen jene, die Angehörige der Volksgemeinschaft waren. Die jetzt umbenannten Fürsorgerinnen, also neu „Volkspflegerinnen“, wurden angehalten, bei den Familien jene herauszufinden, die verwaht, erblich belastet oder rassisch und/oder sonst wie minderwertig waren, sie mussten selektieren.

Es gibt durchaus zahlreiche Geschichten, wie Fürsorgerinnen versuchten, diese Maßnahmen zu vermeiden und Personen und insbesondere Kinder zu schützen. Es gibt aber kaum Berichte, wie sich die ehemaligen Fürsorgerinnen unter diesen Bedingungen allgemein verhalten haben. Marianne Gumpinger schreibt dazu in sozial_kapital 1/2008: „Zwar erfuhr die Berufskultur der Fürsorgerinnen durch die neuen politischen Rahmenbedingungen durchaus eine Irritation, die z.B. durch die Entlassung oder andere Sanktionierungen politisch nicht genehmer Kolleginnen entstand. Die Mehrheit der Fürsorgerinnen passte sich den neuen politischen Gegebenheiten an, indem sie ihre Wertorientierungen adaptierten bzw. versuchten durch vorsichtigen, heimlichen Widerstand den neuen Verhältnissen etwas von der Destruktion zu nehmen“, und weiter: „Soziale Arbeit verfolgt nach dem Selbstverständnis fast aller SozialarbeiterInnen ausschließlich gute und wertvolle Ziele. Zur selbstkritischen Reflexion sozialer Arbeit gehört es meines Erachtens auch Theorien und Praktiken mit ‚unmenschlichen‘ Zielen bzw. Werten zu bedenken und sie nicht – mit welcher Rechtfertigung auch immer – zu verdrängen oder ‚teuflischen Menschen‘ zuzuschreiben. Die Gefahr, die

ich sehe, besteht darin, so zu tun als sei so etwas heute nicht mehr möglich und als würden nur menschliche Monstren, die eigentlich gar keine Menschen sind, andere Menschen ausgrenzen und vernichten“.

DER NEUBEGINN, DIE JAHRE 1945-1960

Ende des Zweiten Weltkrieges gab es eine paradoxe Situation. Einerseits war die Sozialarbeit enorm belastet durch die Geschehnisse während der NS-Zeit, andererseits auch enorm gefordert durch die katastrophalen sozialen Verhältnisse am Ende des Weltkrieges.

Um diese Probleme zu bewältigen, knüpfte man an die bewährten Methoden und Maßnahmen des „Roten Wien“ aus den Jahren 1918-1934 an. Sofort nach Kriegsende wurden Fürsorgerinnen in diversen Hilfsaktionen und in den Mutterberatungsstellen eingesetzt. Auch nahmen sie wieder Verbindungsdienst zu Gebärkliniken und Kinderspitälern auf. „Die Aufspaltung des Fürsorgeberufs in zwei antagonistische Gruppen unter Tandler rächte sich jetzt: Einige der maßgeblichen ehemaligen Hauptfürsorgerinnen waren mit dem nationalsozialistischen Regime identifiziert worden und wurden nach dem Krieg außer Dienst gestellt.“¹⁰

Protokolle der Amtsleitersitzungen aus den Jahren 1945/46 zeigen, dass die Personalnot so groß gewesen war, dass die belasteten Hauptfürsorgerinnen nach ihrer Kündigung und Außerdienststellung bereits nach 8-9 Monaten neuerlich von der Gemeinde Wien angestellt wurden. Der Berufsstand der Fürsorgerinnen wur-

de nach unten nivelliert, da die meisten Fürsorgerinnen nach 1945 keine Matura und eine kürzere Ausbildung hatten. Im November 1945 begann wieder die Ausbildung für Fürsorgerinnen in der „Fürsorgeschule der Stadt Wien“, es wurde der Lehrplan der Zwischenkriegszeit herangezogen. 1947 erhielt diese das Öffentlichkeitsrecht. Auch Ilse Arlt eröffnete ihre Privatschule, musste aber permanent mit finanziellen Problemen kämpfen und sah sich gezwungen, 1950 die „Arlt-Schule“ endgültig zu schließen.

1948 wurde der Wiener Berufsverband neu gegründet, „**Verein der Fürsorgerinnen Wiens**“. Am 29.11.1949 wurde der bundesweite Dachverband neuerlich gegründet, am **26.1.1950** formierte sich in der 1. Generalversammlung des neuen Verbandes der „**Verband der diplomierten Fürsorgerinnen Österreichs**“. Diese Versammlung fand in Graz statt und gleichzeitig wurde auch die erste Bundestagung des neu gegründeten Verbandes abgehalten. Eine Tradition, die bis heute ohne Unterbrechung weitergeführt wird. Die letzte BUTA 2018 fand in der Steiermark statt, die BUTA 2020 wird in Innsbruck organisiert.

NACHHOLBEDARF AN METHODEN

Die in der Zwischenzeit erfolgte Entwicklung der Methoden der Sozialarbeit in den anderen Ländern fand infolge der kriegsbedingten Isolierung Österreichs erst nach und nach Beachtung, allerdings vor allem in der Ausbildung. Die Direktorinnen Dr. Erna Sailer und Anna Holecek-Rosenfeld führten zwar zusätzlich zu den her-

kömmlichen Fächern Unterricht in vertiefter Einzelfallhilfe und Tiefenpsychologie ein, doch hingen diese Angebote sozusagen in der Luft.

In den Praxisfeldern, die den Absolvent*innen offenstanden, gab es keine Möglichkeiten, nach dem Selbstverständnis des modernen Sozialarbeiters zu arbeiten und zu handeln. Rosa Dworschak, Elisabeth Schilder und Anne Kohn-Feuermann waren die großen Persönlichkeiten, die nach ihrer Rückkehr aus der Emigration versuchten, die neuen Methoden auch in Österreich in der Praxis der Sozialarbeit zu implementieren. Das gelang nur sehr schleppend. Noch 1958 beklagt Ilse Arlt die „mangelnde Verwissenschaftlichung“ der Fürsorge.¹¹

VON DER FÜRSORGE ZUR SOZIALEN ARBEIT

Die neuen Methoden der Sozialarbeit fanden ein erstes Anwendungsgebiet in der Flüchtlingshilfe für die Ungarnflüchtlinge 1956. Die praktische Sozialarbeit in den Flüchtlingslagern verwies auf methodische Herausforderungen, die jenseits der tradierten Bahnen behördlicher Fürsorge angesiedelt waren. Einzelfallhilfe und Gemeinwesenorientierung sollten miteinander verbunden werden. Eine wichtige berufspolitische Neuerung war, dass „nur geschulte Fachkräfte dazu heranzuziehen seien“, so stand es in der Ausschreibung des UNHCR. Organisiert wurde diese neue Anwendung durch die ÖKSA¹², weiters wurden innerhalb der ÖKSA Arbeitskreise gebildet, aus denen z.B. die professionelle Bewährungshilfe hervorging.

Leider gab es nach 1945 kein systematisches Anknüpfen an die Zusammenarbeit der Fürsorge bzw. der Sozialarbeit mit der Universität und der wissenschaftlichen Psychologie, die in den 1920er-Jahren eine selbstverständliche Einrichtung in Wien gewesen war. PionierInnen der Kinderpsychologie arbeiteten damals (1920-1934) eng mit der Fürsorge zusammen.

Der Bruch in der Zusammenarbeit, der durch die Vertreibung der fortschrittlichen Kräfte und die Emigration entstanden war, setzte sich großteils nach 1945 fort und hat Nachwirkungen bis heute.

ÖFFNET DIE HEIME

Mit dem Untergang des „Dritten Reiches“ verschwand zwar der rassenhygienische Rahmen, der 1933 um die Jugendfürsorge gelegt worden war; ihr sozialmoralischer Normenkanon und ihre sozial-disziplinierenden Intentionen aber veränderten sich – wie gesagt – kaum. Und auch die repressiven Methoden der Fürsorgeerziehung blieben vom erneuten politischen Systemwechsel zunächst fast unberührt. Gerade in den letzten Jahren wurde erstmals den Anklagen und Vorwürfen der damals untergebrachten Kinder nachgegangen, wie etwa die Un-

tersuchung und Aufarbeitung des Heimes am Wilhelminenberg durch die Stadt Wien zeigte. Es haben aber noch lange nicht alle Institutionen ihre dunkle Geschichte ans Licht gebracht oder gar eine angemessene Wiedergutmachung für die Opfer angeboten.

Mit dem politischen Aufbruch im Jahre 1970, den Reformbemühungen unter den Regierungen Kreisky, dem Aufbruch in ein neues liberales Gesellschaftsmodell hat die Soziale Arbeit in Österreich einen großen Wandel und rasche Entwicklung gemacht sowie den Anschluss an internationale Entwicklungen sicher gestellt.

Der Berufsverband obds hat diese Entwicklungen mit großem Engagement der ehrenamtlich tätigen Sozialarbeiter*innen im Verband mitgemacht und entscheidend vorangetrieben. Die internationale Anbindung an den IFSW seit 1966 hat dazu ebenfalls entscheidende Impulse geliefert. Die Hauptaufgaben sind dabei über die Jahre ziemlich gleich geblieben: das Image des Berufes fördern, Ausbildung und berufliche Rahmenbedingungen verbessern, Begegnung und Austausch bei Fortbildungen und Veranstaltungen, Inputs von anerkannten und internationalen Expert*innen, sozialpolitische Positionierung und Forderungen an die Politik bei Umsetzung von Maßnahmen im Sozialbereich, die Qualität, evidenzbasierte Erkenntnisse, Respekt und Menschenrechte in allen Bereichen der Sozialen Arbeit garantieren. Das fachliche Sprachrohr des obds dazu sind das SIÖ und regionale Medien wie das SIT. Höhepunkte der internationalen Vernetzung waren 2001 die vom obds organisierte „Danube Conference“. Vom 8.-11. September 2019 wird die Europäische Konferenz der Sozialen Arbeit in Wien stattfinden, organisiert vom obds in Zusammenarbeit mit dem IFSW. Wir hoffen sehr, Sie, Dich dazu in Wien begrüßen zu können!

Maria Moritz DSA

geb. 1949 in Wien
Psychologiestudium,
aktiv als Bezirksrätin in der Kommunalpolitik in Wien von 1987 - 1997
1992-1995 Sozialakademie in Wien, Freytaggasse
1995-2010 Sozialarbeiterin am Jugendamt in Wien
2008-2014 Vorsitzende des obds Österreich
2011-2014 im Vorstand des IFSW Europa und Global
2009, 2013 und 2015 Mitarbeit in Auslandsprojekten der EU in Rumänien, Kroatien und Aserbaidschan
seit 2010 in Pension, fallweise Vorträge, Lehraufträge, im Bundesvorstand des obds
verheiratet seit 1977, drei Söhne und 4 Enkelkinder

QUELLEN

¹ Alexander Brunner; Normalisierung als Diskurs der entstehenden Fürsorge in Österreich 1900-1935, aus *Soziales Kapital* Nr.10/2013, <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/286/476>

² Schreiben Kamilla Heidenreich an Adele Beerensson vom 22.Mai1931, Archiv des IFSW

³ Marie Köstler, Die Fürsorgerinnen, Handbuch der Frauenarbeit, Arbeiterkammer Wien, 1930, S. 281- ...

⁴ Marie Köstler, steirische Gewerkschafterin, Mitbegründerin der Arbeiterkammer und später Nationalratsabgeordnete

⁵ Marie Köstler, 1930

⁶ aus: Fürsorgerin, Wien Geschichte Wiki, <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Fürsorgerin>

⁷ aus, Ilse Arlt, (Auto)biographische und werkbezogene Einblicke, Werktausgabe Ilse Arlt, Band 3, Herausgeberinnen: Maria Maiss und Sylvia Ursula Ertl, LIT Verlag, Wien 2011, Literaturverzeichnis

⁸ Julius Tandler, 1869 - 1936, Univ.Prof. für Anatomie an der Universität Wien, Gesundheitsstadtrat in Wien von 1920 bis 1933

⁹ Marianne Gumpinger, Volkspflege, Sozialarbeit im Nationalsozialismus, aus *sozial_kapital*, Nr.1/2008, Zitat von Brigitte Kepplinger in „Nationalsozialismus in Linz“, *Kommunale Sozialpolitik*, S.735

¹⁰ Maria Simon, Von der Fürsorge zur Sozialarbeit, Vortrag in der Wiener Psychoanalytischen Vereinigung am 2.Oktober 2004 (Dr. Maria Dorothea Simon, em. Direktorin der Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien)

¹¹ Ilse Arlt: Wege zu einer Fürsorgewissenschaft. Verlag Notring d. Wissenschaftl. Verbände Österreichs Wien 1958, Seite 62

¹² ÖKSA, Österreichisches Komitee der Sozialen Arbeit, Zum einen vereinigt diese Plattform Organisationen aus dem Bereich der freien Träger der Wohlfahrt (Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Hilfswerk, Rotes Kreuz, Jugend am Werk, Lebenshilfe, Arbeiter-Samariter-Bund), die ministerielle Sozialbürokratie (Sozialministerium) und die einschlägigen Fachabteilungen der Ämter der einzelnen Landesregierungen. Zum anderen fungiert das ÖKSA als Nationalkomitee Österreichs zum Internationalen Council on Social Welfare (ICSW).

¹³ Bourdieu Pierre (1983): Ökonomisches Kapital - Kulturelles Kapital - Soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: O. Schwarz & co. (Soziale Welt: Sonderband 2), S. 191-192.



» THERAPIEZENTRUM EGERTBODEN «

Sozialpsychiatrische Wohnangebote für Menschen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf und gerichtlich auferlegter Wohnsitznahme. Maßnahmen der Rückfallprophylaxe und Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

von Carolin Zenkert

Die sozialpsychiatrisch betreuten Wohnformen für erwachsene Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen haben die Aufgabe der sozialen Wiedereingliederung. Die Unterstützung einer bestmöglichen sozialen Reintegration und Inklusion basiert hierbei auf wiedergewonnenen bzw. gestärkten Alltagsfunktionen und – kompetenzen. Der Psychosoziale Pflegedienst Tirol bietet Wohnformen mit unterschiedlicher Betreuungsintensität an (Wohngemeinschaften, Wohnprojekte, inklusive bzw. exklusive tagesstrukturierenden Angeboten), welche sich an den jeweils aktuellen und individuellen Bedürfnislagen der Klient*innen orientieren. Die Betreuung erfolgt in Form von Gruppen- und Einzelangeboten im Rahmen eines rehabilitativen Settings. Die konzeptionelle Ausrichtung erstreckt sich vom Übergangswohnen bis hin zum Dauerwohnen. In den vergangenen Jahren wurde zunehmend deutlich, dass das bestehende Angebot einem Teil der Klient*innen nicht gerecht werden kann. Die dort geforderte Selbstständigkeit und Mithilfe kann häufig, unmittelbar nach monate- bis jahrelangen Aufenthalten im Maßnahmenvollzug, nicht aufgebracht werden. Für diese Gruppe von Adressat*innen, welche einen erhöhten Unterstützungsbedarf hat, konnte nun durch das neue Therapiezentrum eine Lösung gefunden werden. Der erhöhte Unterstützungsbedarf kann hier durch eine 24stündige Anwesenheit der Mitarbeiter*innen abgedeckt werden. Den Bewohner*innen wird im Zuge dessen eine adäquat strukturierte, begleitete und kontrollierte Umgebung geboten.

THERAPIEZENTRUM EGERTBODEN

Dem PSP Tirol war es möglich den ehemaligen Berghof „Egertboden“ oberhalb der Stadt Schwaz für sich zu gewinnen. Hier, auf 980m Seehöhe, stehen allen Bewohner*innen Einzelzimmer zu Verfügung. Der Standort über der Bezirksstadt ermöglicht ein schrittweises Ankommen in der Gesellschaft. Die Größe der Wohnanlage bietet ausreichend Platz für Rückzug. Konzipiert ist das Angebot für 14 Wohnplätze. Das Therapiezentrum verfügt über eine kleine Werkstatt für Holzarbeiten, Fitnessraum, Ateliers und einen Musikraum. Außerdem gibt es einen Unterrichtsraum, in dem Vergessenes wiederholt, Bildungsinhalte erlernt und vertieft werden können. Hinter dem Haus gibt es einen Volleyballplatz und genügend Raum für andere Außenaktivitäten.

AN WEN RICHTET SICH DAS ANGEBOT?

Das Angebot richtet sich an erwachsene Menschen mit psychiatrischer Beeinträchtigung, welche im Zuge einer bedingten Nachsicht §45 oder einer bedingten Entlassung §47 eine gerichtliche angeordnete Wohnsitznahme erhalten. Das neue Wohnangebot richtet sich hierbei vor allem an psychisch kranke Menschen welche teilweise bis massive aktuelle Beeinträchtigungen und / oder Entwicklungsschwierigkeiten in den Bereichen der selbstständigen Wohnkompetenz, Lebens- und Haushaltsführung haben. Diese können als Folge oder Begleiterscheinung einer psychiatrischen Störung oder

längerem stationären Aufenthalt benannt werden. Durch das gerichtlich verankerte „Probewohnen“ in Form der §21 untergebrachten Personen durch die Unterbrechung der Unterbringung ist es gut möglich gemeinsam zu entscheiden, ob eine Entlassung sowie ein Einzug von Seiten der Klinik, des_ der Betroffenen sowie uns als Einrichtung befürwortet wird.

THERAPIEANGEBOTE UND ZIELE VOR ORT

In der Struktur vor Ort können die Bewohner*innen an unterschiedlichen Angeboten teilnehmen. Die derzeitigen Angebote umfassen die Bereiche der Reiththerapie, Gartenpädagogik, Erlebnispädagogik, Nutzen musikalischer Elemente sowie Körperarbeit durch Fitness und Entspannung. In einem schulorientierten Unterricht können Wissenslücken geschlossen und Bildungsgrundlagen erlernt werden. Neben der internen Angebotsstruktur ist es den Adressat*innen auch möglich an externen Angeboten durch andere sozialpsychiatrische Einrichtungen, dem zweiten oder dem ersten Arbeitsmarkt teilzunehmen. Alle Angebote werden regelmäßig überprüft und an die Bewohner*innen und ihren aktuellen Bedarf angepasst. Dies ist uns insbesondere auf Grund unseres multiprofessionellen Teams möglich, welches aus Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen, Dipl. Gesundheits- und Krankenpflegepersonal (psychiatrisches und allgemeines), Psychotherapeut*innen, Ergotherapeut*innen und Erzieher*innen besteht.

Ziel aller Strukturen, Angebote und Unterstützungsinhalte

ist es, eine psychische Stabilität zu erlangen/erhalten, ein schrittweises wieder eingliedern in die Gesellschaft, sowie Alltags- und Sozialkompetenzen zu trainieren.

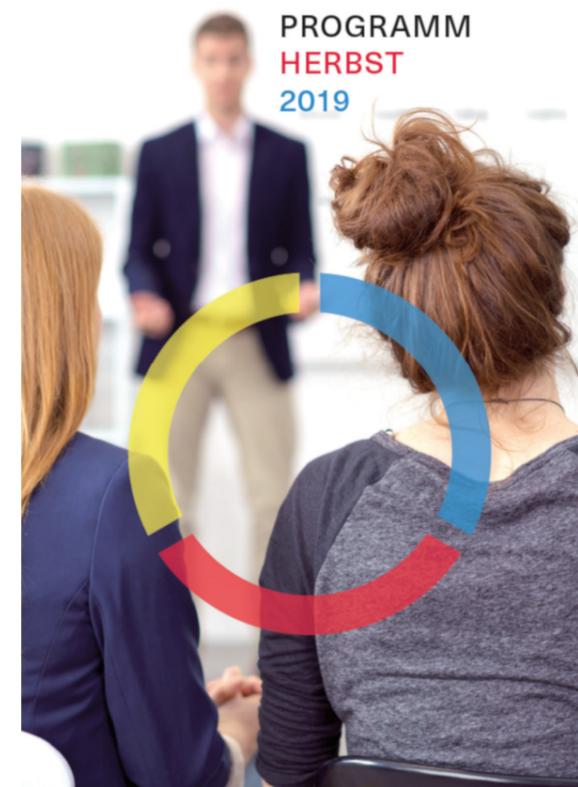
Wir als PSP sind durch eine gute Vernetzung mit unseren Systempartnern der FORAM Innsbruck, Forensische Abteilung Landeskliniken Tirol, Neustart Tirol, Landesgericht Innsbruck u.a. bemüht um einen offenen Austausch und eine produktive Zusammenarbeit.

Wir sehen die Adressat*innen als Akteure unseres Angebotes und arbeiten Recovery orientiert sowie Autonomie fördernd. Durch die örtliche Struktur bieten wir den Betroffenen Schutz und Sicherheit um eine ungestörte Stabilisierung zu erlangen. Im Sinne der gesellschaftlichen Teilhabe werden alle Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten weitgehend inklusiv geleistet. Die Arbeit vor Ort findet transparent und unter Einbindung der Betroffenen im Sinne einer partizipativen Arbeit statt.

Carolin Zenkert MA

Sozialarbeiterin im Bereich Return, PSP

Kontaktaufnahme bei: Harald Kaplenig, Bereichskoordinator Bereichsstelle Return;
Tel: 05223 549116013; harald.kaplenig@psptirol.org



PROGRAMM
HERBST
2019

PSP BILDUNG

WIR SCHAFFEN KOMPETENZ.

Gesunde Ernährung verstehen
und gemeinsam umsetzen
Roland Wegscheider, MSc
DO, 12.09.2019, 9 – 16.30 UHR

Junge Erwachsene und psychische Erkrankungen
Simone Fussenegger, MA und Markus Aßmann
FR, 11.10.2019, 9 – 17 UHR

Umgang mit Menschen in akuten Krisen
Dr. Manuela Sax
FR, 18.10.2019, 9 – 17 UHR

Erkennen, Einschätzen und Intervenieren bei
gefährlichem und aggressiven Verhalten
Dr. MMag. Martin Kitzberger
DO, 21.11.2019, 9 – 17 UHR

Basiskurs Sozialpsychiatrie (100 UE)
Anmeldung bis 15.08.2019 möglich
BEGINN AM 20.09.2019

Führungskompetenz im Sozialbereich (72 UE)
Anmeldung bis 30.08.2019 möglich
BEGINN AM 01.10.2019

Anmeldung auf www.psp-bildung.org oder
Schmiedtorgasse 5/II, A-6060 Hall in Tirol

VORSTELLUNG:

Bündnis gegen Armut & Wohnungsnot – Tirol

DER ANFANG

Wir schreiben den 01.11.2017, als gemeinsam mit einer Novelle des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes auch eine Wohnkostenverordnung in Kraft tritt, die eine Deckelung der Wohnkosten auf einem derart niedrigen Niveau vorsieht, dass Armutsbetroffene dazu genötigt werden, sich die Miete sprichwörtlich vom Mund abzusparen. Diese Deckelung sieht beispielsweise im Bezirk Innsbruck Land für einen Drei-Personen-Haushalt € 591.- vor, wobei der durchschnittliche Wohnungspreis der TIGEWOSI (ein gemeinnütziger Träger, dessen Preisniveau weit unter dem privaten Wohnungsmarkt angesiedelt ist) bei rund €850.- liegt.¹

Dieser – aus sozialarbeiterischer und vor allem aus der Sicht der Betroffenen – katastrophale Umstand, führt jedoch auch zu einem massiven Widerstand. Einem Widerstand, dem sich in den nächsten Wochen und Monaten über 300 Institutionen, Dachverbände und Einrichtungen aus den Bereichen Soziales, Arbeit, Gesundheit, Bildung, Religion, etc. anschließen werden. Dieser Zusammenschluss findet unter dem Namen „Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot“ statt.²

Am 18.01.2018 wird gemeinsam ein offener Brief an den Landeshauptmann Tirols formuliert, in dem eine Entschärfung der Wohnkostenverordnung gefordert wird, die es erlauben soll, dass Mieten wieder in tatsächlicher Höhe übernommen werden können. Ziel ist es dabei, eine unzumutbare Härte für Armutsbetroffene abzuwenden. Das Bündnis kann daraufhin einen Teilerfolg verzeichnen, da eine Härtefallkommission gebildet wird und eine Anhebung der Mietpreisobergrenzen erfolgt.

DENN WIR SIND VIELE...

Nach einer Pause wird das Bündnis erneut aktiv, als im Herbst 2018 Pläne der Bundesregierung (ÖVP-FPÖ), die Notstandshilfe abzuschaffen, verlautbart werden. Während die Bundesregierung diese Pläne vorerst nicht verfolgt, wird mit 30.11.2018 der Entwurf zu einem neuen Sozialhilfegrundgesetz präsentiert (also ein Bundesgesetz das den Rahmen für die ausführenden Landesgesetze festlegt). Mit dem Ende der Begutachtungsfrist am 18.01.2019 werden 142 Stellungnahmen zu diesem Rahmengesetz eingebracht, darunter auch eine Stellungnahme des Bündnisses, das zu dem Schluss gelangt: „Insgesamt ist der Entwurf aus

den angeführten Gründen in seiner Gesamtheit abzulehnen. Ein Gesetz, das menschenwürdiges Leben sichern und existenzsichernde Maßnahmen, sowie das Ziel einer funktionierenden Gesellschaft erreichen will, muss grundlegend anders verfasst sein.

Dies setzt einerseits ein grundlegendes anderes Verständnis von sozialer Absicherung und andererseits die Einbindung von Fachleuten aus der Praxis und den Ländern voraus. Die Bundesregierung wird daher dringend ersucht, von der Umsetzung dieses Gesetzes Abstand zu nehmen!³

Neben einem weiteren offenen Brief am 10.01.2019, wird auch ein laufend aktualisierter Leitfaden für das Sozialhilfegrundgesetz von Fachexpert*innen des Bündnisses erstellt, der fundierte Informationen für Fachkräfte, Unterstützer*innen und die breite Öffentlichkeit liefern soll. Ziel war und ist es, mit politisch Verantwortlichen in einen Dialog zu treten und sich für ein Gesetz, das Armut effektiv verhindert, einzusetzen. Dieser Leitfaden ist auf der Homepage des Bündnisses (www.buendnis-tirol.at) zu finden und wird österreichweit zur Verfügung gestellt.

DIE ARBEITSWEISE DES BÜNDNISSES

Das Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot zeugt von einer breiten, überparteilichen Solidarität mit armutsbetroffenen Menschen. Um die Funktionsfähigkeit des Bündnisses zu gewährleisten, bedarf es daher einer koordinierten Vorgehensweise und einem Bekenntnis, sich gegen Armut und Wohnungsnot zu positionieren. Eine kleine Gruppe hat sich als ausführende Arbeitsgruppe zusammengeschlossen, um möglichst rasch auf sozialpolitische Ereignisse reagieren zu können.

Während grundlegende strategische Entscheidungen in einem Plenum entschieden werden, das allen Unterstützer*innen offen steht, werden viele kleinere Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen und mit besonderer Umsicht in dieser kleinen Arbeitsgruppe gefällt. Dies setzt ein enormes Vertrauen der Unterstützer*innen voraus sowie die Notwendigkeit, Forderungen so zu formulieren, dass sie von allen Unterstützenden mitgetragen werden können. Daher sei abschließend ein Dank an die Personen dieser Kerngruppe gerichtet, die dem Bündnis viele Arbeitsstunden und Ressourcen zur Verfügung stellen und so erst die wertvolle Arbeit ermöglichen!

HIER FINDET IHR DIE KOLUMNE "MICHI MEINT", DIE SICH MAL HEITER, MAL KRITISCH MIT AKTUELLEN ENTWICKLUNGEN RUND UM DIE SOZIALE ARBEIT AUSEINANDERSSETZT.



MICHI meint ...

Drei Stiere und der Löwe

Drei Stiere schlossen miteinander ein Bündnis, jede Gefahr auf der Weide mit vereinten Kräften abzuwehren; so vereinigt, trotzten sie sogar dem Löwen, dass dieser sich nicht an sie wagte. Als ihn eines Tages der Hunger arg plagte, stiftete er Uneinigkeit unter ihnen. Sie trennten sich, und nach nicht acht Tagen hatte er alle drei, jeden einzeln, angegriffen und verzehrt.

- Aesop

Er ist ein raffinierter Bursche, dieser Löwe. Stiftet Zwietracht unter den Verbündeten, spielt sie listig gegeneinander aus. Er trennt die Stiere, um in der Isolation jeden einzelnen zu überzeugen, dass die anderen beiden böse seien, einander Schlechtes wollen. Er sät Zweifel, Misstrauen – und erntet Macht über alle drei, als die Tiere, eins nach dem anderen, den abgefeimten Floskeln des Löwen nachgeben.

2018 feiert die österreichische Republik ihr hundertjähriges Bestehen – der OBDS schließt heuer, ein Jahr später, an das Jubiläum an. Es sind turbulente hundert Jahre; Jahre, in denen der Löwe seine hässlichste Fratze zeigt. In denen zwei der bittersten Kriege der Menschheitsgeschichte ausgefochten werden, zwei Atombomben das Antlitz dieser Erde zerfurchen, zwei Weltwirtschaftskrisen menschliche Existenzen auf dem gesamten Globus beuteln.

Und dennoch: Wider jede scheinbare Aussichtslosigkeit stehen sie immer wieder auf, die Akteur*innen im Kampf für die Rechte aller Menschen. In hundert Jahren initiieren sie zwei Frauenbewegungen, bringen einen Eisernen Vorhang zu Fall, schaffen hierzulande zwei Republiken und deren immerwährende Neutralität. Und jetzt, im einhundertsten Jahr, wird die erste weibliche Kanzlerin angelobt – sie folgt auf 16 männliche Amtsvorgänger in der Zweiten Republik allein.

Der Berg sagte zur Ebene: „Ich bin höher als du.“

„Kann sein“, erwiderte die Ebene; „aber ich bin alles, und du bist nur eine Ausnahme von mir.“

- Johann Heinrich Pestalozzi

Neben ihrer herausragenden Bedeutung im Dezimalsystem steht die Zahl Hundert symbolisch für das Göttliche, für Freude, kündigt dem Träumenden glückliche, erfolgreiche Zeiten an. In der griechischen Mythologie ist Hekate, die in ihrem Namen die Zahl Hundert trägt, „Pflegerin aller Geschöpfe“. Sie ist die „Alte Weise“, die Göttin der Wegkreuzungen, die den Hirten fruchtbare Herden, den Fischern volle Netze, den Jägern reiche Beute, den Athleten und Kriegern Erfolg und Glück im Kampf schenkt.

Menschen, die sich verbünden, um sich im Kampf für Solidarität und Gerechtigkeit den Listen des Löwen entgegenzustellen – sie alle sind Hekate. Sie sind die Ebene, die dem Berg in Pestalozzis Fabel trotzt.

Lassen wir uns also nicht entmutigen, verunsichern, entzweien – denn wir sind viele. Wir sind viel mehr Stiere, als sie Löwen haben.

¹ vgl. DOWAS Jahrbuch 2017

² <https://www.buendnis-tirol.at/das-buendnis/>

³ <https://www.buendnis-tirol.at/stellungnahme-zum-entwurf-eines-sozialhilfe-grundgesetzes/>

⁴ <https://www.buendnis-tirol.at/sozialhilfe-neu-tirol-verliert/>⁵ Marie Köstler, 1930

Mehr Freizeit für ein gutes Leben.

Mach den Freizeit-Check!



*Mehr Freizeit für
ein gutes Leben!*

freizeit.gpa-djp.at

 gpa-djp.at

 facebook.com/GPA-djp/

 twitter.com/GPA-djp

 youtube.com/gpadjp

GPA-djp Tirol - Südtiroler Platz 14-16, tirol@gpa-djp.at, ☎050301-28000

ÖGB-ZVR-Nr.: 576439352, CID: AT48ZZZ0000006541

EINE INITIATIVE DER

GPA **djp**

GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER